

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2018



Ab sofort „berlinpass“

Parteivermögen und Zwangsarbeit

Aufarbeitungsfroher Freistaat

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Tod an der tschechischen Grenze
Gute Nachricht für Täter
Jörn Mothes neuer Beiratsvorsitzender
Zeitengleiche

Recht

- 4 „berlinpass“ ab sofort erhältlich!
Stiftung Anerkennung und Hilfe

International

- 5 Priester erhielt Menschenrechtspreis
Aufarbeitung war ihm Herzenssache

Interview

- 6 Vor Antragstellung beraten lassen
- 7 Die Behörde der Beauftragten

Thema

- 8 Parteivermögen und Zwangsarbeit
- 9 Aufruf
Muster für ein Schreiben
Tips zum Abfassen

Berichte

- 10 Kommunismus und Gewalt
- 11 Aufarbeitungsfrohe Zeiten im Freistaat
- 12 Spätes zweites Gedenken
- 13 Kongreßbroschüre

Verbände

- 14 Jubiläum der Projektwerkstatt
Aufarbeitung bleibt wichtig
Gelder aus SED-Vermögen
- 15 Protest
Ausstellungen
Suchanzeigen
- 16 Vormerken!
Leserbriefe

Service/Bücher

- 17 Mauer Geschichten
Beginn eines Erdbebens
Zwischen Humor und Repression
- 18 Journalist in einem gelenkten System
- 19 Sperrgebiete

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Am 9. November 2017 haben Betroffene des DDR-Kindergefängnisses Bad Freienwalde vor dem Gebäude ein Mahnmal enthüllt. Der Betrachter spiegelt sich in der Oberfläche, so daß er sich selbst hinter Gittern sieht.

Foto: Cornelia Kurtz

Editorial

Vergangen, vergessen, vorüber?

Liebe Leserinnen und Leser,

eine neue Bundesregierung hat sich noch nicht gefunden, aber der Deutsche Bundestag ist voll arbeitsfähig. Wäre die Frage: Was tut der neue Bundestag in der Zeit bis zur Wahl der nächsten Bundesregierung? Handlungsfähig ist er ebenso wie der alte Deutsche Bundestag. Darum stellt sich die Frage, warum die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze noch nicht erfolgt ist. Alle Fraktionen im alten Bundestag und im neuen waren und sind bereit, die Entfristung vorzunehmen. Also: Warum haben sie es bisher nicht getan und warum tun sie es jetzt nicht?

Darauf mag es politisch-technische Antworten geben aus Sicht der Bundestagsfraktionen, aber es sind auch Antworten möglich, die von Betroffenen gegeben werden. Nach meinem Empfinden liegt die bisher nicht erfolgte Entfristung darin begründet, daß in Gesellschaft und Politik die Anliegen der Opfer der zweiten deutschen Diktatur nicht ausreichende Aufmerksamkeit genießen. Von Landesregierungen und Bundesregierungen und dem Deutschen Bundestag kann man aber – nein, man muß erwarten –, daß diese Institutionen eben nicht in den Tag hinein leben, sondern aufgrund langer Handlungslinien die Interessen der ehemaligen SED-Opfer nicht aus den Augen verlieren.

Bei den Betroffenen wird nachvollziehbar der Eindruck genährt, daß sie mit ihren Lebensleistungen und ihren Schicksalen nicht mehr so wichtig sind. Dies ist ein fatales Signal, das so sicherlich nicht beabsichtigt ist, jedoch von den Betroffenen so aufgenommen werden muß, weil es von den politisch Verantwortlichen im Bund ausgeht.

Ein weiterer Paukenschlag in dieser Reihe ist die Ankündigung des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen, unserem Freund Roland Jahn, daß die technische

Rekonstruktion von zerrissenen und geschredderten Stasiakten eingestellt wird, weil sich bisher eine technisch praktikable Möglichkeit nicht gefunden hat.

Roland Jahn trägt daran sicherlich keine Schuld, aber die Begründung ist nicht glaubhaft. Im Hintergrund steht, daß die wenigen Millionen, die der Deutsche Bundestag bereitgestellt hat, um mit dem Fraunhofer Institut eine technische Lösung zu finden, dem Gesetzgeber zu viel sind. In der hochtechnisierten Zeit, in der wir den Flug zum Mars vorbereiten, kann es kein unlösbares Problem sein, die zerrissenen und geschredderten Stasiakten zu rekonstruieren. Und wenn es eben deutsche Institutionen nicht können, dann gibt es auch die Möglichkeit, eine solche Aufgabe international ausschreiben, und ich bin mir sicher, daß sich dann auch technische Lösungen finden. Meine Meinung ist, daß eben die Notwendigkeit, sich dieser Mühe zu unterziehen, in politischen Kreisen nicht eingesehen wird.

Die UOKG hat dagegen schon protestiert, weil diese Entscheidung, die Rekonstruktion zu beenden, in unseren Kreisen nur so gewertet werden kann, daß die Aufarbeitung des SED-Unrechts beendet werden soll.

Ich möchte Sie alle bitten und auffordern, wenden Sie sich an Ihren örtlichen Bundestagsabgeordneten, schreiben Sie Leserbriefe, wenden Sie sich an die Bundesregierung, wenden Sie sich an Roland Jahn, um gegen die Beendigung der Rekonstruktion der Stasi-Akten zu protestieren.

Auch im neuen Jahr bleibt für uns alle viel zu tun, die Interessen der Geschädigten des SED-Regimes nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Ich wünsche Ihnen allen Kraft, Gesundheit und Gottes Segen für das Jahr 2018.

Ihr Dieter Dombrowski

Tod an der tschechischen Grenze

(ntv) Jahrzehnte nach dem gewaltsamen Tod von DDR-Flüchtlingen am Eisernen Vorhang der ČSSR hat die Staatsanwaltschaft Weiden Ermittlungen gegen mögliche Täter aufgenommen. Es gehe um vier deutsche Opfer, die zwischen 1967 und 1986 auf der Flucht in den Westen erschossen wurden, sagte der Leitende Staatsanwalt Gerd Schäfer einer Weidener Zeitung. „Wir rollen diese Fälle jetzt auf.“

Opfervertreter der Stiftung „Platform of European Memory and Conscience“ hatten das Verfahren im vergangenen Jahr ins Rollen gebracht, indem sie Strafanzeige sowohl gegen die Todesschützen als auch gegen ranghöhere Militärs und drei Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei der ČSSR stellten. Der Bundesgerichtshof hat das Landgericht Weiden bei den Fällen für zuständig erklärt.

Zwei Männer wurden demnach an der damaligen Grenze zur Oberpfalz erschossen, einer wurde an der slowakischen Grenze zu Österreich von Hunden zerfleischt und ein weiterer beim Durchschwimmen eines Flusses von tödlichen Schüssen getroffen. Sie wollten ihren Aufenthalt in der ČSSR als damaligem „Bruderstaat“ der DDR

zur Flucht nutzen. Zwar starben die Männer teils auf tschechoslowakischer Seite, jedoch ist die deutsche Justiz auch jenseits der deutschen Grenzen zuständig, wenn Deutsche betroffen sind.

Das Verfahren richte sich derzeit gegen mehr als 50 Beschuldigte. In allen Fällen standen die Todesschützen bereits nach dem Jahr 2000 in Tschechien vor Gericht. Die Verfahren wurden jedoch teils eingestellt, die Beschuldigten freigesprochen oder lediglich zu Bewährungsstrafen verurteilt. Sie können nicht noch einmal verurteilt werden. Das neue Verfahren auf deutscher Seite richtet sich nun verstärkt auf Verantwortliche der höheren Ebene.

Schäfer sagte, man suche derzeit nach lebenden Zeugen. Die Todesfälle selbst seien zwar im Archiv des staatlichen Instituts für das Studium totalitärer Regime (ÚSTR) in Prag dokumentiert – dennoch hoffen die Ermittler, auch noch existierende Unterlagen aus der ehemaligen DDR zu finden. 

Neujahrsempfang



Anlässlich des Neujahrsempfangs am 9. Januar 2018 beim Bundespräsidenten sagte der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski zu Frank-Walter Steinmeier, dieser mache seine Arbeit gut, bat aber auch darum, einmal Vertreter von SED-Opfergruppen zu einem Arbeitsgespräch einzuladen.

Gute Nachricht für Täter

(uokg) Die Mitteilung des Leiters der BStU, Roland Jahn, daß nach der manuellen nun auch die technische Rekonstruktion von Stasiakten eingestellt wurde, ist eine gute Nachricht für die Täter und eine schlechte für die Opfer von SED und Stasi.

Zugleich ist dies aber auch eine Entscheidung mit hoher Symbolkraft. Die fünftgrößte Wirtschaftsnation, die Satelliten

ins All schießt, beendet die Rekonstruktion von Stasiakten wegen angeblicher Unlösbarkeit von technischen Fragen. Schwierig, so Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, sei das sicherlich, aber unlösbar? Jeder Ingenieur wisse, daß es nur eine Frage des Aufwandes sei, um eine optimierte Lösung zu entwickeln. Dieser Aufwand werde von der Politik gescheut, weil die Aufar-

beitung des SED-Unrechts nicht dem Zeitgeist entspreche.

„Ich warne die politischen Verantwortungsträger erneut davor, sich von den SED-Opfern abzuwenden. Die Entscheidung, die Rekonstruktion der Stasiakten einzustellen, ist beschämend. Die bisher nicht erfolgte Entfristung der Rehabilitierungsgesetze, obwohl alle Fraktionen im Bundestag dafür sind, ist ein Skandal!“, sagte Dombrowski. 

Jörn Mothes neuer Beiratsvorsitzender

(bstu) Jörn Mothes ist zum Vorsitzenden des Beirats beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) gewählt worden. Der Bundesbeauftragte Roland Jahn würdigte die Arbeit des Theologen Richard Schröder, der den Vorsitz seit 1998 innehatte und von Beginn an Mitglied des Beirats war. Schröder bleibt bis Mitte 2018 Mitglied.

Jörn Mothes sagte zum Amtsantritt: „Ich freue mich, die vom Deutschen Bundestag angestoßenen wichtigen Reformen der

Behörde an verantwortungsvoller Stelle mit dem Beirat begleiten zu können.“

Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt Ulrike Poppe und Prof. Dr. Dr. Horst Möller.

Der Beirat berät gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz den Bundesbeauftragten. Er besteht aus 17 Mitgliedern, gewählt vom Bundestag und benannt von den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und

Thüringen. Eine Amtszeit beträgt fünf Jahre, die Vorstandsfunktionen werden alle zwei Jahre gewählt. Der Bundesbeauftragte unterrichtet den Beirat über grundsätzliche Angelegenheiten und erörtert sie mit ihm. 

Zeitengleiche

Am 4. Februar 2018 ist die Berliner Mauer genauso lange nicht mehr vorhanden, nämlich 10 315 Tage, wie sie vorher gestanden hat.

Also: Ab 5. Februar gibt's Grund zum Feiern!

„berlinpass“ ab sofort erhältlich!

In Ausgabe 4/2017 des „stacheldrahts“ wurde darüber berichtet, daß der berlinpass für SED-Opfer nun doch eingeführt werden soll. Jetzt hat der Senat von Berlin am 9. Januar 2018 (Nr. S-904/2018) einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Der anspruchsberechtigte Personenkreis für den Erhalt des berlinpasses wird mit Wirkung zum 1. Februar 2018 um die in Berlin wohnhaften Empfängerinnen und Empfänger erweitert, die

1. eine besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG),

2. Ausgleichsleistungen nach § 8 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)

oder

3. eine Ausgleichsrente für Schwerbeschädigte nach § 32 Bundesversorgungsgesetz (BVG) oder einen Berufsschadensausgleich nach § 30 BVG jeweils in Verbindung mit § 21 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), § 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) oder § 3 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

erhalten.

Mit der Einbeziehung dieser Opfer des DDR-Regimes in den Kreis der Berechtigten des berlinpasses soll ein Beitrag zur Unterstützung und Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als Ausdruck der Anerkennung und hohen Wertschätzung der politisch Verfolgten und Opfer von SED-Unrecht geleistet werden.

Die Zahl der nunmehr berechtigten SED-Opfer beträgt ca. 7397 Personen. 6999 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, 213 Empfängerinnen und Empfänger von sozialen Ausgleichsleistungen nach § 8 Berufliches Rehabilitierungsgesetz und etwa 185 Personen, die ausschließlich eine Beschädigtenversorgung in Gestalt einer Ausgleichsrente oder eines Berufsschadensausgleichs nach § 21 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, § 4 Häftlingshilfegesetz oder § 3 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz in Verbindung mit § 32 bzw. § 30 des Bundesversorgungsgesetzes erhalten.

Der berlinpass ermöglicht Berlinerinnen und Berlinern den vergünstigten Eintritt bei Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitveranstaltungen und bietet ihnen so die Gelegenheit, trotz eines geringen Einkommens am sozialen und kulturellen Leben in Berlin teilzunehmen. Dies beinhaltet z.B. die Berliner Bäderbetriebe, die Philharmonie, Theater, Opernhäuser, den Berliner Zoo und den Tierpark in Friedrichsfelde, Volkshochschulen, Bibliotheken und vieles mehr. Durch die Ausstellung des berlinpasses besteht auch die Möglichkeit, das Sozialticket (BVG, S-Bahn, DR Regio) zu erwerben. Dieses kostet seit dem 1. Juli 2017 nur noch 27,50 Euro.

Den berlinpass erhalten die Berechtigten ohne Terminabsprache beim Bürgeramt. Ein aktuell gültiger Bescheid des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) oder des Bezirksamtes und ein taugliches Paßbild sind dafür erforderlich. Ebenfalls ist der Personalausweis zur Einsicht vorzulegen.

Der Beschluß des Senats bedeutet für viele Betroffene von SED-Unrecht eine Erleichterung. Dennoch hätte man sich

gewünscht, daß der Personenkreis noch weiter gefaßt worden wäre. Denn der Senat war aufgefordert worden zu prüfen, inwieweit neben den Empfängern der sogenannten Opferrente und der Ausgleichsleistungen nach dem § 8 des BerRehaG weitere Opfer rechtsstaatswidriger Verfolgungsmaßnahmen und politischer Verfolgung in der DDR in die Regelung einbezogen werden könnten. Dabei zog man z.B. Personen in Betracht, die weniger als sechs aber mehr als drei Monate in Haft gewesen waren oder anerkannte verfolgte Schüler und Schülerinnen, die von Ausbildungsmöglichkeiten und beruflichen Chancen ausgeschlossen wurden.

Man entschied sich jedoch dagegen. Begründet wird dies damit, daß die Auswahl ausschließlich auf der Überlegung beruhe, unter den Opfern politischer Verfolgung nur jene Personen einzubeziehen, die laufende Leistungen erhalten, welche einkommensabhängig sind und aufgrund bundesgesetzlicher Vorschriften gewährt werden. Immerhin hat der Senat damit aber beschlossen, die oben unter 3. genannte Gruppe von Opfern des SED-Unrechts in den Berechtigtenkreis mit aufzunehmen.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Stiftung Anerkennung und Hilfe

(st)Die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ hat jetzt auch in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen endgültige Anlauf- und Beratungsstellen:

Sachsen

Anlauf- und Beratungsstelle
Freistaat Sachsen der Stiftung
Anerkennung und Hilfe

Tel. (03 51) 12 66 440,
E-Mail stiftungauh@ksv-sachsen.de,
Leitung: Bettina Monse,
Ansprechpartner: Michael Fiedler

Adresse: Thomasiusstr. 2, 04109 Leipzig

Beratungszeiten:
Mo u. Do 9.00-16.00 Uhr, Di 9.00-18.00
Uhr, Mi u. Fr 9.00-12.00 Uhr

Sachsen-Anhalt

Ministerium für Arbeit, Soziales und
Integration des Landes Sachsen-Anhalt

Ansprechpartner:
Florian Steitzer Tel. (03 91) 567-69 35,
Kathrin Möbes Tel. (03 91) 567-69 20;
Fax (03 91) 567-69 37,
E-Mail Stiftung-Anerkennung-Hilfe@ms.sachsen-anhalt.de

Adresse: Turmschanzenstr. 25,
39114 Magdeburg

Thüringen

Thüringer Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Ansprechpartner: Manuel Schmidt,
Nadine Böttger, Thomas Bähr

Tel. (03 61) 57 38 11-260,
Fax (03 61) 57 38 11-820

Telefonsprechzeiten: Di 9.00-12.00 Uhr,
14.00-16.30 Uhr, Do 9.00-12.00 Uhr

Adresse: Werner-Seelenbinder-Str. 6,
99096 Erfurt



Priester erhielt Menschenrechts-Preis

Der aus Italien stammende katholische Priester Paolo Kortezi erhielt am 11. Dezember 2017 in Sofia den Menschenrechts-Preis des bulgarischen Helsinki-Komitees. Ausgezeichnet wurde er für sein Engagement für syrische Flüchtlingsfamilien auf der bulgarischen Donau-Insel Belene. In Deutschland wurde die Insel bekannt, als dort der Energiekonzern RWE vor einem Jahrzehnt ein Atomkraftwerk bauen wollte. Nicht bekannt ist in Deutschland, daß sich auf Belene das erste bulgarische GULag-Lager befand. Es wurde am 27. April 1949 auf Erlaß des bulgarischen Ministerrats für politische Gefangene in Betrieb genommen. In dem Lager herrschten Konzentrationslagerähnliche Zustände. Die Häftlinge bezeichneten das Lager selbst als „Todeslager“. Bis zu seiner Schließung 1989 waren dort fast 30 000 Bulgaren inhaftiert gewesen. Zu den Insassen zählten bulgarische Abgeordnete früherer Regie-

rungen bzw. Parlamentarier, die vor dem Einmarsch der Roten Armee am 9. September 1944 in Bulgarien die Regierung stellten bzw. Abgeordnete im Parlament waren. Aber auch Schriftsteller, Musiker, Wissenschaftler, Ärzte, Bauern, Arbeiter, katholische und orthodoxe Priester, protestantische Pastoren, Nonnen und Muslime waren inhaftiert. Belene gilt als das größte operative Lager des kommunistischen Regimes in Bulgarien.

Priester Paolo Kortezi lebt seit 2010 in Bulgarien. Seit 2012 ist er Priester der katholischen Gemeinde von Belene. 2014 initiierte er das Bürgerkomitee für den Bau einer Erinnerungsstätte an das Lager Belene. Die Erinnerungsstätte soll zum 70. Jahrestag der Inbetriebnahme des GULags am 27. April 2019 eröffnet werden. Bis heute gibt es in Bulgarien keine Erinnerungsorte für die Opfer des Kommunismus. Am 21. Dezember wurde

Priester Paolo Kortezi bereits für seine Initiativen zur Erinnerungsarbeit an die Opfer des kommunistischen Regimes vom damaligen bulgarischen Präsidenten Plevlevniev mit dem Ehrenzeichen ausgezeichnet.

Wegen seines Engagements für syrische Flüchtlingsfamilien in Belene stand er mit lokalen Behörden in Konflikt und erhielt von Anwohnern Drohungen. Ihm wurde gar mit Mord und dem Anzünden der katholischen Kirche „Sveti Maria“ in Belene gedroht. Um weiteren Spannungen vorzubeugen, hatte man Paolo Kortezi im März 2017 auf Antrag des bulgarischen Bischofs Nikopol aus Belene abberufen. Nach nationalen Protesten kehrte Paolo Kortezi im September 2017 nach Belene zurück.

(Quelle <http://www.bghelsinki.org/bg/novini/press/single/otec-paolo-kortezi-echovek-na-godinata-2017/>)

Ulf Georgiew

Aufarbeitung war ihm Herzenssache

Die kurze Meldung in der FAZ vom 19. Dezember 2017 kam überraschend: „Arsenij Roginskij gestorben“. In Deutschland ist er bekannt durch die Herausgabe des Buches „Erschossen in Moskau. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoj 1950–1953“. Die 3. Auflage erschien 2008 in Berlin. 1989 hat Roginskij die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ mitbegründet, für die er fortan arbeitete, lebte und deren Vorsitz er innehatte. Unter dem Dach dieser Organisation sind fast alle Aktivitäten gebündelt, die für die Menschenrechte in Rußland und für die Aufarbeitung der Stalinschen Verbrechen stehen. Die russische Regierung hatte „Memorial“ 2014 als „ausländische Agentur“, die Mitglieder als „ausländische Agenten“ eingestuft und kriminalisiert. Das kam einem Verbot nahe. Ihr Vergehen bestand darin, Geldspenden aus dem Ausland angenommen zu haben.

Roginskij hatte die Stalinsche Endzeit miterlebt. Am 30. März 1946 wurde er in Welsk im Norden Rußlands geboren. Sein Vater, Ingenieur aus Leningrad, hat zeitig mit dem GULag Bekanntschaft machen müssen. An der Universität Tartu (Estland) studierte Roginskij an der historisch-philologischen Fakultät Geschichte und schloß 1968 mit dem Diplom ab.

Als Schullehrer unterrichtete er russische Sprache und Literatur.

Von 1975 bis 1981 veröffentlichte Roginskij im Samisdat nicht systemkonforme literarische Texte. 1981 wurde er verhaftet und auf Grund falscher Anschuldigungen zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt, die er bis zum letzten Tag dort verbringen mußte. In seinem Schlußwort vor Gericht hat er noch die Lage der Historiker in Rußland angeklagt. 1992 wurde er offiziell und vollständig rehabilitiert. Die Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war für den Historiker Roginskij Herzenssache. Er hat die Organisation „Memorial“ geprägt. Sie ist die bedeutendste oppositionelle Kraft in Rußland. Arsenij Roginskij starb am 18. Dezember dieses Jahres in Israel. Dort hielt er sich zu einem Erholungsurlaub von seinem Krebsleiden auf.

Noch vor dem Besuch von Bundeskanzler Kohl 1992 in Moskau nahm die Lagergemeinschaft Workuta Kontakt zum Büro von „Memorial“ auf, der seitdem nicht mehr abgebrochen ist. Nahezu gleichzeitig begann für die Lagergemeinschaft und für Roginskij die Arbeit in den russischen Archiven. So wußte Roginskij sehr früh von dem Aufstand vom 1. August 1953

im Lager 10, Schacht 29, in Workuta, der blutig niedergeschlagen worden war. Später hat Horst Hennig auf der Fotoausstellung Workuta in Lausanne Arsenij Roginskij auch persönlich getroffen.

Mit weiteren Vertretern von „Memorial“ nahm Roginskij den Lew-Kopelew-Preis für seine Menschenrechtsorganisation in Köln entgegen. Am 16. Februar 2010 erhielt er das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Bundespräsident Steinmeier erinnerte an die bleibenden Verdienste Roginskij. Außenminister Gabriel wies auf seine „Herzlichkeit, seine Ironie und seine Bescheidenheit“ hin.

Gerald Wiemers



Foto: Stefan Krikowski

Arsenij Roginskij 2014.

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

Vor Antragstellung beraten lassen

Ein Gespräch mit Dr. Wolfgang Laßleben, juristischer Berater bei der Aufarbeitungsbeauftragten in Sachsen-Anhalt

stacheldraht: Seit 1. Januar 2017 ist die Behörde der Landesbeauftragten neu strukturiert worden. Wurde dadurch ihre Position wirklich gestärkt?



Foto: Privat

Laßleben: Die Behörde der Landesbeauftragten ist nicht mehr nur eine dem Justizministerium nachgeordnete sogenannte obere Landesbehörde, sondern direkt dem Landtag zugeordnet. Damit ist in verschiedener Hinsicht der Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern erleichtert worden. Unter anderem konnte – erstmals seit Einrichtung der Behörde im Jahr 1995 – ein Personalaufwuchs erreicht werden. Außerdem wurde der Auftrag der Aufarbeitung verbreitert: Es geht um das Gesamtsystem der SED-Diktatur, nicht mehr nur um das Handeln des Ministeriums für Staatssicherheit.

stacheldraht: Frau Neumann-Becker ist seit 2013 Landesbeauftragte von Sachsen-Anhalt. Regelmäßig finden Gespräche mit dem Versorgungsamt und dem Sozialministerium in Magdeburg statt. Im Januar 2017 erfolgte ein Gespräch mit der Sozialministerin Grimm-Benne (SPD). Was konnte Ihre Behörde

für die ehemaligen politischen Häftlinge bei diesen und anderen Gesprächsrunden konkret erreichen?

Laßleben: Frau Birgit Neumann-Becker wurde am 4. April 2013 zur Landesbeauftragten ernannt. Aufgrund der Zuständigkeitsverteilung kann die Landesbeauftragte auf andere Verwaltungen immer nur mit Empfehlungen einzuwirken versuchen, ohne tatsächlich Einfluß auf die Entscheidungen haben zu können. Konkret in Gesprächen mit dem Landesversorgungsamt und dem Sozialministerium wurde angeregt, die Schreiben an die Antragsteller individualisiert und empathischer (statt unter Verwendung von – rechtssicheren – Textbausteinen) zu formulieren, sowie im Binnenverhältnis zwischen Landesversorgungsamt und Sozialministerium die Verfahrensabläufe nochmals kritisch zu betrachten. Außerdem findet dazu ein intensiver Austausch mit der hiesigen VOS Sachsen-Anhalt e.V. statt.

stacheldraht: Seit einigen Monaten stehen Sie mit Ihren Kollegen aus den anderen Bundesländern im regen Kontakt, eine qualifizierte Gutachterliste zu erstellen. Da ja in den letzten Jahren überhaupt keine Anträge mehr in Magdeburg oder Halle/Saale gestellt wurden, macht eine solche Liste dann noch Sinn?

Laßleben: Die Zahl der Anträge beläuft sich – nach Auskunft des Sozialministeriums – auf zwischen zehn und 19 Anträgen pro Kalenderjahr in den letzten Jahren. Die vorgesehene Gutachterliste ist eine länderübergreifende Anstrengung auf eine Anregung aus der Bundespolitik heraus.

stacheldraht: Wie Ihnen bekannt ist, gibt es ja gerade für die anerkannten Gutachter Prof. Dr. Frommer und Dr. Ebbinghaus erhebliche Probleme beim juristischen Verfahren. Dort wird unterstellt, sie hegten eine gewisse Empathie für die Antragsteller. Steht das nicht im Widerspruch?

Laßleben: Die Entscheidungen der Sozialgerichtsbarkeit betreffen immer bestimmte Einzelfälle und sind als solche schwer zu generalisieren. Für die

Wertung von Sachverständigengutachten gibt es in den Verfahrensordnungen der Gerichte grundlegende Regelungen; bei einem eventuellen Verstoß steht der Weg zur nächsten Instanz offen.

stacheldraht: Es gibt zwar vom BMI einige Rundschreiben, die eine Empfehlung bezüglich der Beweiserleichterung etc. vorschlagen. Für die Justiz sind derartige Empfehlungen jedoch nicht bindend. Sollte man daher nicht die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze reformieren?

Laßleben: Der Gesetzgeber kann in bestimmten Konstellationen im Wege einer gesetzlichen Fiktion oder einer gesetzlichen Vermutung die Arbeit der Verwaltungsbehörden und der Gerichte erleichtern. Die vom BMI schon in den 1990er Jahren vorgeschlagenen Beweiserleichterungen helfen nur, wenn überhaupt eine bestimmte Schädigung (z.B. posttraumatische Belastungsstörung) festgestellt wird. Nur dann wird vermutet, daß diese in der Haft verursacht worden ist. Hierzu gibt es Vorschläge der Landesbeauftragtenkonferenz, die zuletzt formal im Februar 2016 beschlossen wurden.

stacheldraht: Prof. Dr. Frommer hat 2017 einen bemerkenswerten Aufsatz („Nach den Haftunterlagen war das Verhalten der Klägerin problemlos...“) vorgelegt, in dem er anhand eines Fallbeispiels von einem Fehlurteil in Sachsen-Anhalt berichtet. Können Sie das einfach so akzeptieren?

Laßleben: Dieser Aufsatz ist im Landesversorgungsamt und im Sozialministerium zur Kenntnis genommen worden. Die Landesbeauftragte plant, hierzu in einen Gesprächsprozess mit diesen Stellen einzutreten.

stacheldraht: In den letzten beiden Tätigkeitsberichten Ihrer Behörde ist aufgeführt, daß seit zwei Jahren in Folge nicht ein Antrag auf Haftfolgeschäden positiv von dem Versorgungsamt beschieden wurde. Entspricht es der Wahrheit, daß das Finanzministerium diese Mittel komplett gestrichen hat?

Laßleben: Hierzu ist der Haushaltsplan des Landes Sachsen-Anhalt zu konsultieren: Im Einzelplan 05, Kapitel 05 11 sind die Ist-Ausgaben im Titel 681 12 (Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 21 und 22 StrRehaG) für das Jahr 2015 mit 131.992 € verzeichnet.

Kontakt

Behörde der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Schleifufer 12
39104 Magdeburg
Tel. (03 91) 560.15 01
Fax (03 91) 560.15 20
E-Mail info@lza.lt.sachsen-anhalt.de
Internet <http://www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

Die Ansätze für 2016 belaufen sich auf 209 800 €; 2017: 186 500 €; und 2018: 188 300 €. Hiervon – von den Ist-Ausgaben – werden gemäß § 20 StrRehaG vom Bund 65 Prozent erstattet.

stacheldraht: Verstößt das nicht gegen die Bundesgesetze?

Laßleben: Wenn das der Fall wäre, läge (nur) ein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung vor; da aber Mittel in der Höhe der zu erwartenden Ausgaben veranschlagt wurden, sind die gesetzlichen Vorgaben eingehalten.

stacheldraht: Warum ist die Anerkennungsquote unter einer linken Regierung wie in Thüringen viel höher als in Sachsen-Anhalt?

Laßleben: Aus statistischen Erkenntnissen lassen sich in solchen Fällen mit geringer Antragszahl im Vergleich zu den potentiell Betroffenen bei stark individuell abweichenden Fallkonstellationen schwerlich belastbare Schlußfolgerungen ableiten. Es gibt auch keine Regelung, die den Antragstellern verbietet, ihren Wohnsitz unter Berücksichtigung der Optimierung ihrer Antragschancen zu verlagern.

stacheldraht: Wäre es dann nicht an der Zeit, den Betroffenen die Wahrheit zu sagen, nämlich keine Anträge mehr in Sachsen-Anhalt zu stellen?

Laßleben: Das Verfahren vor den Versorgungsämtern ist bundesweit ein sehr zeitaufwendiges und nervenaufreibendes. Wir bieten an – und würden dies auch

empfehlen – sich vor Antragstellung beim Versorgungsamt in unserer Behörde zur Frage der Erfolgsaussicht einer Antragstellung beraten zu lassen, um mit diesen zusätzlichen Hinweisen dann eine informierte Entscheidung über die Stellung des Antrags treffen zu können.

(Das Interview führte Peter Schneider)



Foto: Barbara Franke

Neumann-Becker: Schreiben an die Antragsteller sollen empathischer formuliert werden.

Die Behörde der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Angebote für Privatpersonen

- Informationen zum Staatssicherheitsunterlagengesetz (StUG), Beratung zur Antragstellung beim Bundesbeauftragten
- Unterstützung politisch Verfolgter und Verurteilter beim Geltendmachen ihrer Rechte
- Vermittlung von Informationen zur Rehabilitation (s. auch 2. SED-UnBerG)
- Beratung zur Nutzung anderer Archive bei der Aufklärung des Lebens bis 1989
- Begleitende Unterstützung bei der Akteneinsicht und Auswertung des Aktenmaterials
- Vermittlung an psychosoziale Beratungsstellen zur weiteren Betreuung
- Hinweise auf Selbsthilfegruppen und Opferverbände
- Begleitung von Gesprächen zwischen Betroffenen und Belasteten
- Beratung bei der Auseinandersetzung mit früherer MfS-Mitarbeit oder Konsequenzen aus MfS-Überprüfungen

Angebote für öffentliche Stellen (auch personalführende Stellen)

- Beratung im Umgang mit IM-Auskünften des Bundesbeauftragten
- Auskünfte über Methoden, Struktur und IM-Systeme des ehemaligen MfS
- Gemeinsame Klärung von Problemen aller Art im Zusammenhang mit dem früheren MfS

Angebote für die Medien

- Beratung für eine differenziertere Handhabung der Themen im Zusammenhang mit dem MfS
- Unterstützung bei der Medienantragstellung an den Bundesbeauftragten
- Hilfe bei sachgemäßer Informationserarbeitung für das Land Sachsen-Anhalt
- Regelmäßige Presseinformationen über die Arbeit der Behörde

Angebote für Forschungsprojekte

- Empfehlungen zur Nutzung der MfS-Archive und Quellen bei der Themengestaltung und der Auswahl von Materialien
- direkte Einsichtgabe in Erkenntnisse der Landesbeauftragten über MfS-Strukturen und Arbeitsmethoden des Staatssicherheitsdienstes
- Koordinierung bestehender Projekte für das Land Sachsen-Anhalt
- Vermittlung von Einsichtsrechten in personenbezogene Unterlagen nach Möglichkeit
- Organisation von Publikationen

Angebote für historisch Interessierte

- Bereitstellung von nichtpersonenbezogenen MfS-Unterlagen, Infor-

mationsmaterialien und Quellenpublikationen

- Einladung zu fachbezogenen Veranstaltungen der Landesbeauftragten
- Beantwortung spezifischer Fragen nach Möglichkeit
- Beteiligung an Ausstellungsprojekten, auf Wunsch auch Unterstützung von Museen bei der Neugestaltung zeit-historischer Abteilungen
- unmittelbare Einsicht in wichtige Dienstanweisungen und Richtlinien des MfS

Angebote für die Außenstellen der Bundesbeauftragten

- Vermittlung von Kontakten in Sachsen-Anhalt
- Übernahme von Beratungsaufgaben in Sach- und Rechtsfragen
- Information über landesspezifische Probleme im Umgang mit MfS-Unterlagen
- Abstimmung im Bereich der wissenschaftlichen Aufarbeitung und politischen Bildung

Weitere Informationsangebote

- Informationen über Opferverbände und Selbsthilfegruppen
- Informationen über die verschiedensten Archive und Schwerpunkt-Bibliotheken
- Informationen über Angebote zum Thema in Dokumentationszentren und Museen



Partei Vermögen und Zwangsarbeit

Von Christian Sachse

Die Unterhändler hatten sich etwas dabei gedacht. Im vielgescholtenen Einigungsvertrag wurde die Regelung vereinbart, das unrechtmäßig erworbene und in diversen westlichen Firmen geparkte Vermögen der SED den Ostdeutschen zugute kommen zu lassen. Die zurückgeholten Gelder sollten, soweit sie nicht „früheren Berechtigten oder deren Rechtsnachfolgern“ zustanden, „zugunsten gemeinnütziger Zwecke, insbesondere der wirtschaftlichen Umstrukturierung“ verwendet werden. Ein deutsch-deutsches Verhandlungsergebnis, mit dem man beim damaligen Wissensstand über die SED-Diktatur mehr als zufrieden sein konnte. Im Jahr 1994 folgte eine Verwaltungsvereinbarung mit den Neuen Bundesländern, welche die Zweckbindung der zurückgeholten SED-Gelder präziserte: Vor allem für „investive und investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand im Bereich der wirtschaftlichen Umstrukturierung“ sollten die Gelder damals eingesetzt werden. Wirtschaftliche Belange, also der Aufbau der Neuen Bundesländer, sollten den Vorrang erhalten. Aus der Perspektive des Jahres 1994 gedacht: Sicher eine gute Entscheidung.

Nur ein Viertel der Gelder sollte allerdings für „soziale und kulturelle Zwecke“ ausgegeben werden. Damit waren 85 Prozent der Gelder in der Hand des Staates und der Kommunen. Nur 15 Prozent sollten „im Bereich nicht-staatlicher Träger“ Verwendung finden.

Inzwischen kam die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Gang. Im Mai 1992 beschloß der Deutsche Bundestag die Einrichtung der Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Es folgte eine zweite Kommission zu den Folgen und der Aufarbeitung. Über zwei Legislaturperioden hinweg trugen Fachleute, Bürgerrechtler, Zeitzeugen und Politiker in zweiunddreißig dickleibigen Bänden im Wortsinne Zehntausende von Einzelfakten über das menschenverachtende Regime zusammen. Zum ersten Mal gab es auch verlässliche Daten über die Zahl der politischen Gefangenen, die Haftbedingungen und die Folgen der Haft. Alle diese Erkenntnisse wurden in den Folgejahren vertieft und präzisiert.

Ende der 1990er Jahre dann hätte man schon die Frage stellen müssen, ob die Rückgabe des Vermögens der Diktatur-Partei nicht auch – oder vornehmlich? – an die erfolgen sollte, die am meisten Widerstand geleistet und die größten Schäden davongetragen hatten. Das geschah nicht.

Die Nachrichten über die konkrete Verwendung der Gelder aus dem Vermögen der SED bleiben dürrig. Sinnvoll war sicherlich der Einsatz von 77 Millionen als Kapital der Stiftung Aufarbeitung. Als „sozialen und kulturellen“ Zweck verkaufte 2009 allerdings der damalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin auch die Restauration des Schlosses Friedrichsfelde als Amtssitz für den Ostberliner Tierparkdirektor. Sarrazin im O-Ton: „Es ist investiv. Es ist kulturell. Es ist sozial, denn es liegt im Zoo...“ Das Land Thüringen sanierte mit diesen Geldern u.a. die Skihalle in Oberhof, unterstützte die Stiftung Weimarer Klassik, das Landestheater und die Klezmer Akademie. Alles schöne und interessante Aufgaben, jedoch auf Kosten derer, welche einen Großteil der Gelder unter Zwang erarbeitet haben.

Spätestens seit 2014 ist ja bekannt, wo ein großer Teil des Vermögens der SED an Devisen herkam. In jenem Jahr erschienen die Untersuchungen der UOKG (Christian Sachse) und der BStU (Tobias Wunschik) zur Zwangsarbeit in der DDR, die ein Jahr später von Jan Philipp Wölbern noch einmal bestätigt wurden. Seitdem sind die Firmengeflechte bekannt, mit denen die SED ihre „Devisenbeschaffung“ betrieb. Am Anfang stand in einer großen Zahl der Fälle die Schuftelei von Strafgefangenen, deren Lohn der Staat einbehielt. Die so entstandenen Billigwaren verhökerten SED-gesteuerte Außenhandelsbetriebe (wie das KoKo-Imperium Schalck-Golodkowski) zu Dumpingpreisen an Firmen im Westen, deren Kapital wiederum über mehrere Zwischenstufen der SED gehörte.

Nachlesen kann man das im Bericht des Bayrischen Landtages von 1994 über die weitverzweigten Verflechtungen der bundesdeutschen Firma „Richard Karl Lämmerzahl International“. Hier entstanden Gewinne in mehrstelliger Millionenhöhe in bar und in der begehrten D-Mark – zur freien Verfügung der Diktatur-Partei.

Das alles sind alte Hüte, längst bekannt. Im Schlußbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen von 2006 heißt es zusammenfassend: „Die Unabhängige Kommission hat seit Ende 1990 Vermögenswerte in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro ermittelt. Davon stammen rund zwei Drittel von der SED. Dieses Vermögen wurde ganz überwiegend den betroffenen Institutionen nicht wieder zur Verfügung gestellt, da sie es nach materiell-rechtsstaatlichen Kriterien nicht rechtmäßig erworben hatten.“

Wir wollen nicht unhistorisch sein. Die Regelung im Einigungsvertrag, wie eingangs geschildert, entsprach den damaligen Erkenntnissen und Bedürfnissen. Empörend aber sind die Eskapaden, die sich einige Neue Bundesländer bei der Verwendung der rückgezählten Gelder leisteten. Am schlimmsten sind dabei die scheinheiligen Begründungen: „nur für soziale Zwecke“ (siehe Sarrazin).

Kurz: Die politischen Häftlinge haben nach heutigem Wissen alles Recht der Welt, den ihnen entzogenen Lohn aus dem SED-Vermögen zurückzuverlangen. Das ist genau im Sinne des Einigungsvertrages.



Knastgeld in der DDR.

Quelle: Zur Verfügung gestellt von Dietmar Michel, politischer Häftling in Brandenburg-Görden.

Aufruf

Sehr geehrte politische Häftlinge
des SED-Regimes,

Wieder einmal geht es um das Sondervermögen der SED. Die SED hatte Hunderte Millionen Mark im Westen in Scheinfirmen und Devisen-Konten versteckt. Diese Summen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro wurden von der Bundesregierung teilweise erfolgreich eingeklagt. So geschehen im Jahr 2010, als ein Züricher Gericht die Bank Austria verurteilt hat, 230 Millionen verstecktes SED-Vermögen auszuzahlen. Das Geld ist an unterschiedlichen Stellen gelandet, mitunter auch in Teilen bei Gedenkstätten für SED-Opfer. Leer ausgegangen sind, wie

die UOKG schon in einer Pressemeldung vom 31. März 2010 kritisierte, diejenigen, die diese Gelder durch Einsatz von Gesundheit und Leben zum großen Teil erarbeitet hatten: Die Zwangsarbeiter im politischen Strafvollzug!

Nun erwarten die Neuen Bundesländer wieder eine Zahlung aus dem SED-Vermögen. Dieses Mal handelt es sich um 185 Millionen Euro. Wieder werden alle möglichen Defizite in den Neuen Bundesländern bedient. Wieder sollen die Zwangsarbeiter leer ausgehen.

Die UOKG fordert, daß die Neuen Bundesländer aus dieser Zahlung und auch möglichen weiteren Zahlungen einen erheblichen Teil in den Härtefallfonds DDR-Zwangsarbeit einzahlen. Wir sind

jederzeit zu ergebnisorientierten Verhandlungen bereit.

Bitte unterstützen Sie diese Forderung, indem Sie an den Ministerpräsidenten Ihres Landes, Ihre Abgeordneten im Wahlkreis schreiben und zugleich die lokale Presse darüber informieren. Bitte schicken Sie uns eine Kopie per Mail, damit wir die Forderungen dokumentieren können: ddr-zwangsarbeit@uokg.de

Wir wünschen uns rege Beteiligung an dieser Aktion. Einen Briefvorschlag finden Sie unten.

Mit einem freundlichen Gruß

Dr. Christian Sachse,
wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG

Muster für ein Schreiben/eine Mail

[Bitte nach eigenen Wünschen verändern.]

Absender:
E-Mail:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident
[Titel, Vorname, Name],

mein Name ist [eigener Name]. Geboren bin ich im Jahr [19xx]. Von [19xx] bis [19xx] war ich politischer Gefangener der SED-Diktatur in folgenden Haftanstalten: [Namen, Daten]. Verurteilt wurde ich wegen [allgemeine Bezeichnung, z.B. Widerstand gegen die Staatsgewalt, Republikflucht]. [Falls erfolgt, anfügen:] In dieser Sache wurde ich durch Beschluß des [Name des Gerichtes, Datum] rehabilitiert.

In der Zeit der Haft mußte ich Zwangsarbeit leisten. [Hier einfügen: eine kurze, aber deutliche Beschreibung der Arbeit, der Umstände, der Bezahlung, der körperlichen und seelischen Folgeschäden.]

Durch wissenschaftliche Expertisen ist nachgewiesen, daß ein erheblicher Teil der Deviseneinnahmen der SED-Diktatur und des Vermögens der SED auf einer menschenverachtenden Ausbeutung von Strafgefangenen beruhte. Die Bundesrepublik Deutschland ist 1960 dem ILO-Übereinkommen 105 beigetreten, nach dem Zwangsarbeit politischer Gefangener untersagt ist. Dennoch haben alle Regierungen des Bundes und der Länder bis 1989 im Wissen um die Zwangsarbeit den innerdeutschen Handel im eigenen Interesse gefördert. Daraus erwächst al-

len Politikern in Ost- und Westdeutschland die Verpflichtung, den Betroffenen von DDR-Zwangsarbeit besondere Hilfen zukommen zu lassen.

Konkret fordere ich Sie auf, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß von den z.Z. an die Länder auszuzahlenden 185 Millionen Euro aus dem Vermögen der SED ein erheblicher Teil in den Härtefall-Fonds für DDR-Zwangsarbeiter gegeben wird. Die-

ser Härtefallfonds wurde von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft im Sommer 2017 eingerichtet (Info unter www.uokg.de). Sollten bereits bindende Beschlüsse vorliegen, die dies verhindern, sind Alternativen zu finden. Dies sollte auch bei allen weiteren Rückzahlungen aus dem SED-Vermögen geschehen.

Mit freundlichen Grüßen
[eigener Name]

Kopie an ddr-zwangsarbeit@uokg.de ✉

Tips zum Abfassen der Briefe/Mails

- Schreiben Sie ruhig per Mail. Das verringert die Kosten. Auch Mails werden heutzutage sorgfältig registriert.
- Bei allem Ärger, der sich bei manchem angestaut hat: Wahren Sie einen höflichen, aber in der Sache deutlichen Ton.
- Massenproteste auf vorgefertigten Formularen bringen nichts. Schreiben Sie Ihre persönliche Meinung. Oben finden Sie ein Muster.
- Massenmails werden heutzutage vom Empfänger schnell gelöscht (Spam!). Schreiben Sie Mails jeweils mit persönlicher Anrede.
- Protest soll einen persönlichen Bezug haben: Schreiben Sie auch an die Abgeordneten Ihres Wahlkreises und die Zeitungen Ihrer Region.
- Auch Politiker in den alten Bundesländern können auf die Entscheidungen Einfluß nehmen.
- Vergessen Sie nicht, eine Kopie an ddr-zwangsarbeit@uokg.de zu schicken, damit wir über Umfang und Inhalt der Schreiben berichten können. ✉

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Kommunismus und Gewalt

10. Hohenschönhausen-Forum

„Kommunismus und Gewalt – Ideologie und Praxis eines Herrschaftssystems“ lautete der Titel des 10. Hohenschönhausen-Forums, das am 6. November 2017 in Kooperation der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen stattfand.

Einhundert Jahre sind seit der Oktoberrevolution in Rußland 1917 vergangen – Zeit, um Bilanz zu ziehen. Der Traum vom

Kommunismus führte nicht nur in Rußland zu Diktatur und massenhafter Verfolgung. Die Utopie einer „besseren Gesellschaft“ durch die Befreiung von wirtschaftlicher wie politischer Unterdrückung kostete Millionen Menschenleben. Ist die Gewalt bereits in der Idee des Kommunismus angelegt oder entwickelte sie sich erst mit der Machtergreifung der Bolschewiki? War die massenhafte Unterdrückung eine Fehlentwicklung oder logische Konsequenz? Weshalb

vielfach auf Verständnis, wenn sie im Namen einer linken Heilsbotschaft ausgeübt wird?

Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte, identifizierte in seiner Eröffnungsrede einen direkten Zusammenhang von Gewalt und kommunistischer Ideologie. Diese Immanenz sei vor dem gegenwärtigen Trend, die historische Praxis des Kommunismus von den Ideen eines Karl Marx zu trennen, stets zu betonen. Kein einziges System, das sich selbst als kommunistisch bezeichnete, sei bislang ohne Terror oder Zwang ausgekommen. Was mit Gewalt erlangt worden ist, sei zudem nur mit Gewalt zu erhalten, so Knabe in der Tradition Gandhis.

Dr. Gerd Koenen, Historiker mit Schwerpunkt Geschichte des Kommunismus, vertrat hingegen die Auffassung, Marx sei nicht posthum in die Verantwortung zu nehmen. Nach wichtigen Emanzipationsprozessen von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie am Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgte die

Perversion der Idee vielmehr während ihrer Umsetzung durch historische Kontexte, politisch-gesellschaftliche Spannungsverhältnisse sowie die Akteure selbst. Dabei sei die Gewalt vor allem durch das Aufeinandertreffen der alten Machthaber und neuer Machtansprüche forciert sowie ab der Oktoberrevolution in systematischer Anwendung bewußt kalkuliert gewesen. Die Entwicklung eines totalitären Herrschaftsanspruchs unter Auslöschung konträren Gedankenguts datierte Koenen in das Jahr 1918, als sich eine ausufernde Paranoia in das Zentrum der Macht der Bolschewiki geschlichen habe.

Panel 1 widmete sich daran anschließend zunächst der Theorie des Marxismus bzw. Kommunismus. Während Prof. Barbara Zehnppennig in einem Acht-Punkte-Papier darlegte, daß der Totalitarismus nicht erst mit Lenin entstand, sondern bereits in der Idee angelegt wäre, weil diese in ihrer Reduzierung auf ökonomisches Denken menschenfeindlich sowie menschenfremd sei, beleuchtete Dr. habil. Katharina Kunter den pseudoreligiösen Charakter der Ideologie. Zwar sei dieser eine grundsätzliche Ablehnung christlicher Religionen immanent. Die Krise der Kirche durch das Aufkommen der Arbeiterbewegung habe jedoch zu einem eklatanten Glaubens- und Orientierungsvakuum geführt, welches das Surrogat des Kommunismus mit Lenin als göttlichem Überhelden bereitwillig ausfüllte. Für Dr. Jan Behrends begann die systematische Massengewalt hingegen mit der Gründung der Tscheka, die zusammen mit Lenin den Prototyp der modernen Diktatur schuf. Als erste Geheimpolizei mit exekutiven und juristischen Befugnissen zerstörte sie nicht nur die Reste des zaristischen Rußlands, sondern auch die Revolution selbst, indem sie jegliche Konflikte innerhalb der kommunistischen Bewegung gewaltsam unterband. Dr. Mark Jones wiederum betonte am Beispiel Deutschlands, wie notwendig die kontextualisierte Betrachtung des Phänomens Kommunismus sei. So habe unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg ein generell aufgeheiztes politisches Klima mit hohem Konfliktpotential vorgeherrscht. Die instabile politische Lage habe zu einer Radikalisierung der verschiedenen politischen Lager geführt. Einfache Erklärungsmuster und Schuldzuweisungen griffen, so Jones, angesichts dieser komplexen Gesamtdynamik zu kurz.

In Panel 2, „Der Kommunismus an der Macht“, suchte Prof. Jörg Baberowski zunächst nach Erklärungen für den gewaltsamen Charakter von Diktaturen im Allgemeinen. Den Bolschewismus definierte er als Experiment der Staatsbildung unter kriegerischen Bedingungen. Marx habe, so Baberowski, kaum etwas über Staat, Wirtschaft oder Gesellschaft nach der Revolution geschrieben. Den Gewaltcharakter der kommunistischen Systeme nach ihrer Konstituierungsphase habe er demnach nur bedingt zu verantworten. Vielmehr identifizierte er in der kommunistischen Partei eine Disziplinierungsmaschine, die Gewalt als besonders effektiv ansah. Stalin benötigte und schuf permanente „Krisen“, deren Überwindung Gewalt, Terror und Ausnahmezustände legitimisierte. Dr. Hubertus Knabe beschrieb den repressiven Charakter des SED-Regimes anhand zahlreicher Beispiele. Er betonte, daß bereits der Einzug der Roten Armee 1945 von einem hohen Niveau physischer wie psychischer Gewalt begleitet war, welches über den gesamten Existenzzeitraum der DDR bestehen blieb. Prof. Kai Vogelsang differenzierte am Beispiel Chinas zunächst drei verschiedene Machtdimensionen innerhalb kommunistischer Diktaturen: Ideologie, Politik und die Eigendynamik der Individuen. Die sich verselbständigenden unfäßbaren Massaker in der Geschichte der Volksrepublik verortete er schließlich fernab von Ideologie und Politik innerhalb der dritten Ebene in den zweitausend Jahre alten Strukturen des Stammesbewußtseins. Mit den Roten Khmer in Kambodscha beschrieb Prof. Volker Grabowsky eines der wohl grausamsten kommunistischen Systeme der Geschichte, das dem Stadium eines revolutionären Kriegskommunismus nie entwuchs. Der Aufbau einer agrarrevolutionären Utopie wurde von ethnischen Säuberungen begleitet, denen etwa zwei von drei Parteimitgliedern in einem System von 160 Haftanstalten zum Opfer fielen und die erst durch die Invasion des Erzfeindes Vietnam unterbrochen wurden.

Politische Gewalt in aktuellen Kontexten bildete schließlich in Panel 3 den Abschluß des Forums. Jan Janowski bot interessante Einblicke in seine ehemalige Arbeit als Länderreferent des Auswärtigen Amtes in Nordkorea, dessen Politik er als rassistisch, fremdenfeindlich sowie isolationistisch charakterisierte. Bewußt öffentlich inszenierte, lediglich erahnbare und geheime Gewaltanwendung beschrieb er als Konglomerat einer ebenso permanenten wie effektiven Drohge-



Begrüßung durch Dr. Michael Borchard, Stellvertretender Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für christlich-demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.



Im Podium von Panel 2 u.a. (v.l.) Prof. Dr. Jörg Baberowski, Dr. Hubertus Knabe und Dr. Jörg Kürschner als Moderator.

bärde. Das diktatorische Selbstbewußtsein sei insbesondere dadurch gestärkt, daß man sich trotz Eliminierung jeglicher inhaltlicher wie verbaler Bezüge zum Kommunismus in der Verfassung von 2006 nach dem Zusammenbruch des Ostblocks als einzig siegreichen Sozialismus begreife. Extreme Korruption und soziale Heterogenität als Erosionserscheinungen stünden dieser Auffassung nicht diametral entgegen, sondern würden durch die

Leugnung der bloßen Existenz des Phänomens Linksextremismus. Dieser sei, so van Hüllen, als Reaktion auf das Erstarren des rechten Populismus bzw. Extremismus in Europa ein ernstzunehmendes Problem, dessen klare Radikalisierung sich seit einigen Jahren beobachten ließe. Eindeutige Beweise hierfür lieferte im Anschluß Tom Schreiber, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, der sich seit vielen Jahren aktiv gegen jede Form

Führung stillschweigend geduldet. Dr. Rudolf van Hüllen definierte den Zusammenbruch des Ostblocks einerseits als Totalschaden der kommunistischen Ideologie. Gleichwohl betonte er die Problematik bestehender politischer Schutzräume für linke Gewalt sowie die vielfache

des politischen Extremismus engagiert. Als Kritiker linker Militanz ist er mittlerweile selbst zum Feindbild der Szene geworden. Angriffe und Drohungen gegenüber Schreiber zeigen, daß das geschlossene Weltbild des Kommunismus weder dialogbereit noch konfliktfähig ist. Die starre Freund-Feind-Zweiteilung hat für Heilsversprechen in ihren historischen Ausprägungen millionenfaches Leid verursacht und legitimiert Gewalt teils bis in die Gegenwart. Eine Ideologie, die „neue Menschen“ verlangt und scheinbar simple Antworten auf die komplexen Herausforderungen des menschlichen Miteinanders anbietet, ist stets mit äußerster Vorsicht zu betrachten – unabhängig von ihren utopischen Versprechen. Der Mensch, so das Fazit des Forums, darf nie der Zweck von Politik sein, sondern ist vielmehr deren unbedingtes Ziel.

Andrea Prause

(Dr. des. Andrea Prause arbeitet in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.)

Aufarbeitungsfrohe Zeiten im Freistaat

Ende November empfing der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die im Freistaat und darüber hinaus wirkenden Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen zum vorletzten Arbeitstreffen 2017. Vor Jahresabschluß gab es einen regen Austausch und konzentrierte Arbeitsberichte.

Uljana Sieber, Leiterin der Gedenkstätte Bautzner Straße, informierte die Verbandsvertreter über den in der ehemaligen Haftanstalt geplanten „Abend der Begegnung“ für Verfolgte und Inhaftierte der kommunistischen Diktatur. Der „Abend der Begegnung“ soll in Zukunft als Möglichkeit der leidensgeschichtlich-übergreifenden Zusammenkunft Betroffener, aber auch als impulsgebendes Moment für die Anliegen der verschiedensten Opfergruppen am 5. Dezember – dem Tag der Besetzung der Dresdner Stasi-Bezirksverwaltung – verstetigt werden. Neben dem jährlich stattfindenden Bautzen-Forum und der Erinnerung an den 9. Oktober in Leipzig soll mit dem „Abend der Begegnung“ in der Landeshauptstadt ein weiterer Schwerpunkttag etabliert werden.

Stets bemüht, neu gegründete Vereine und Initiativen, die sich mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihrer Wirkung

im Alltag auseinandersetzen, in den Arbeitskreis einzubeziehen und eventuell zu fördern, wurden dieses Mal Marcel Piethe, geschäftsführender Gesellschafter von „Zeitreisen- Veranstaltungs- und Projektmanagement“, und Dirk Heinze, Kulturmanager in Plauen, eingeladen. Beim Treffen zuvor hatte das Projekt der „Andreas Reimann Gesellschaft“ aus Leipzig zu Gedichten politischer DDR-Häftlinge stark beeindruckt.

Diesmal stellte Marcel Piethe sein vom Landesbeauftragten gefördertes Forschungsprojekt zur organisierten Freizeit in den Ferienlagern Sachsens zu DDR-Zeiten vor. Neben einer ersten Bestandsaufnahme zu den circa 3500 Ferienobjekten wird Piethe im besonderen die Sozialisierungsprozesse in den 48 Pionierlagern fokussieren, von denen sich allein in Sachsen elf befanden. Das Forschungsvorhaben versucht den Übergangsbereich zwischen Alltags- und Repressionskultur in der DDR auszuleuchten.

Dirk Heinze, auch Mitglied des kürzlich gegründeten Vereins „Vogtland 89 e.V.“, erläuterte die zeitgeschichtlichen Aspekte seines Tourismuskonzeptes für den Landkreis Plauen. So soll der einzige Landkreis in Sachsen mit einem Stück innerdeutscher Grenze in den kommenden Jahren

für die historisch-politische Bildung erschlossen werden. Im Mittelpunkt werden Zeitzeugen und authentische Lernorte stehen. Heines Ziel ist es, „in Vergessenheit geratene Geschichten in die Zukunft zu führen“. Das Projekt reiht sich in mehrere Aktivitäten ein, die zusammen mit Zeitzeugen mehr an die Rolle der Region in der Friedlichen Revolution 1989 erinnern möchten.

Von den Mitarbeitern des Sächsischen Landesbeauftragten berichteten Gerda Kegler und Maximilian Heidrich über gesteigerte Behördenaktivitäten und das auf verschiedenen Ebenen Angestoßene in der zurückliegenden zweiten Jahreshälfte. So erfolgte der Abschluß des Lektorats für den in der Schriftenreihe des Landesbeauftragten Anfang 2018 neu erscheinenden Band „Die Schwarzenberg-Legende. Geschichte und Mythos im Niemandsland“ von Lenore Lobeck. Daß sich der Landesbeauftragte verstärkt um die Aufarbeitung früher Verfolgtenchicksale und Geschichten in der SBZ nach 1945 bemüht, zeigt sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit der Legende von der „Freien Republik Schwarzenberg“ oder dem viel besprochenen Porträt-Band „Das läßt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich“, sondern auch in dem von Dr. Nancy Aris vorge-



stellten Engagement für die öffentliche Bekanntmachung der Anerkennungsleistung ehemaliger deutscher Zwangsarbeiter.

Es haben über 33 000 Personen einen Antrag auf die einmalige, symbolische Ausgleichsleistung gestellt. In enger Zusammenarbeit mit der VOS Sachsen und dem außerordentlich engagierten Vorsitzenden Frank Nemetz hatte der Landesbeauftragte energisch für eine breitere Öffentlichkeit gekämpft, um möglichst viele der heute oft hochbetagten Antragsteller in Sachsen zu erreichen. Lutz Rathenow betonte: „Bei der Anerkennungsleistung geht es um wesentlich mehr, als

nur um den finanziellen Aspekt, auch die moralische Markierung innerhalb der Gesellschaft ist entscheidend.“ Sehr gut sei auch, so Rathenow, daß das Bürgerkomitee Leipzig in der „Runden Ecke“ zusammen mit der VOS Sachsen gut beworbene Beratungen angeboten habe.

Heidrich gab den Sachstand der Bildungsarbeit und Beratungsaktivitäten des Landesbeauftragten bekannt. Allein im aktuellen Schulhalbjahr wurden rund 70 Anfragen zu den unterschiedlichen Bildungsangeboten der Behörde von Oberschulen, Gymnasien und Berufsschulzentren im Freistaat wahrgenommen. Intensiv nachgefragt werden vor allem das Kofferprojekt und die Theaterperformance, die den Lebensalltag unter dem SED-Regime beleuchten, sowie die moderierten Zeitzugenauftritte und Vorträge zum politischen System und Widerstand in der DDR.

Die von Utz Rachowski im Auftrag der Behörde durchgeführte überregionale Beratungsinitiative zu den Unrechtsbereinigungsgesetzen im September und Oktober 2017 nahmen 402 Bürgerinnen und Bürger wahr. Im besonderen Fokus der Beratung stand in diesem Herbst der Erzgebirgskreis. Der Landesbeauftragte

selbst war zu Sprechstunden in Werdau, Bautzen und Pulsnitz unterwegs. Er plant, im kommenden Jahr allen sächsischen Kommunen Beratungen oder Sprechstunden anzubieten, um einerseits den Bedarf zu erkunden und um andererseits an das Thema fortwährend zu erinnern. Alle Mitarbeiter der Dienststelle möchten vor dem Ablauf der Frist intensiv für das Thema werben und alles tun, was zu einer Entfristung der Antragsmöglichkeiten im Bereich der Rehabilitierungsgesetze führt.

Am 20. Dezember tagte der sächsische Kreis der Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände 2017 zum letzten Mal. Nach einem Jahr Zugehörigkeit des Landesbeauftragten zum Sächsischen Landtag zogen der Landtagspräsident, Dr. Matthias Röbber, und der Sächsische Landesbeauftragte gemeinsam ein erstes Resümee.

In Sachsen ging ein aufarbeitungsintensives Jahr zu Ende.

Maximilian Heidrich

(Der Autor ist Sachbearbeiter beim Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)



Im ehemaligen Haus der MfS-Bezirksverwaltung Dresden soll immer am 5. Dezember der „Abend der Begegnung“ stattfinden.

Spätes zweites Gedenken

Das Schicksal des christlichen Märtyrers Pfarrer Reinhard Gnettner

Es fing alles an mit einer schönen Radtour mit meiner Ehefrau durch das Schlaubetal. Nach dem Workutaner-Treffen, das vom 3. bis 5. Juni 2016 in Schwerin stattfand und bei dem die Workutaner im Stadtteil Großer Dreesch gegen das noch immer dort stehende Lenin-Denkmal demonstrierten, wollten wir uns ein wenig ablenken und erholen in der herrlichen brandenburgischen Natur unweit Berlins. Die Radtour beendeten wir mit einer Übernachtung in Fürstenberg, dem schönen an der Oder gelegenen Ortsteil von Eisenhüttenstadt. Mächtig thront dort die Nicolaikirche über dem malerischen Ortskern. Am alten Pfarrhaus entdeckten wir eine Gedenktafel für den Pfarrer Reinhard Gnettner: „Am 26. Juni 1897 in Görlitz geboren. Ab 20. Februar 1946 Pfarrer in Fürstenberg/Oder. Am 6. August 1950 verhaftet. Am 4. April 1951 zum Tode verurteilt. Zu langer Haftstrafe begnadigt und in die Sowjetunion deportiert. Dort verlieren sich seine Spuren im Dunkel der Geschichte.“

Ich stutzte. Mir war der Name geläufig, aber sollte er einer der wenigen sein, die tatsächlich von den Russen begnadigt wurden? Zurück in Berlin, schlug ich sofort bei „Erschossen in Moskau“ nach. Nein, Pfarrer Gnettner wurde nicht begnadigt, sondern am 27. Juni 1951, einen Tag nach seinem 54. Geburtstag, in Moskau hingerichtet.

In einem ersten Telefonat mit dem jetzigen Pfarrer der Nicolaikirche, Wolfgang Krautmacher, wurde die Geschichte dieser Tafel, die seit 1994 zum Andenken an den Gemeindepfarrer dort hängt, geklärt. Aber ebenso schnell wurde auch klar, daß eine Korrektur der Bronzegedenktafel ein langwieriges Unterfangen werden würde. Herr Krautmacher stellte zwar die Glaubwürdigkeit des Totenbuchs nicht direkt in Frage, aber so ganz ohne die Originalunterlagen mochte er nicht aktiv werden. Auch meine Rückversicherungen bei Herrn Drauschke, dem Historiker und Mitbegründer des Historischen For-

schungsinstituts „Fact & Files“ und Herausgeber des Totenbuchs, halfen nicht weiter. Darüber hinaus gab es erheblichen Dissens in Bezug auf den Text für die neue Tafel.

So habe ich Ende Juli 2016 brandenburgische Aufarbeitungsorganisationen eingeschaltet, die Wolfgang Krautmacher unterstützen sollten, einen geeigneten und historisch sachgerechten Text zu formulieren. Die Leiterin der Gedenkstätte Lindenstraße, in der Pfarrer Reinhard Gnettner in Haft saß, Uta Gerlant, und Ulrike Poppe, damalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), halfen bei diesem Projekt der Neugestaltung der Gedenktafel.

Anschließend machte ich mich auf die Suche nach Familienangehörigen und landete gleich beim ersten Anruf einen Treffer. Der Neffe verwies mich an seine Schwester, Kerstin Gnettner, die sehr an



Pfarrer Reinhard Gnettner
(26.6.1897 – 27.6.1951)

der Aufarbeitung der Geschichte ihres Großvaters interessiert ist.

Dank der Unterstützung durch Rainer Potratz, Mitarbeiter bei der LAKD, und Uta Gerlant konnte nach fast anderthalb Jahren die ergänzende Gedenktafel für Pfarrer Gnettner am alten Pfarrhaus am Volkstrauertag, dem 19. November 2017, enthüllt werden.

Pfarrer Krautmacher hat für einen sehr würdigen Rahmen der Gedenkfeier gesorgt. Die Gedenkpredigt hielt der Generalsuperintendent des Sprengels Görlitz, Martin Herche, und der Chor der Nachbargemeinde Vogelsang verstärkte die musikalische Gestaltung des Gottesdienstes. Die Gemeindemitglieder hatten einen üppigen und schmackhaften Mittagstisch vorbereitet. Nach dem Mittagessen berichtete der Zeitzeuge Werner Sperling, der zeitgleich mit Pfarrer Reinhard Gnettner in der Haftanstalt Lindenstraße in Potsdam einsaß, wie er Zeuge vom mutigen Auf-

treten Pfarrer Reinhard Gnettners wurde, der wiederholt durch das geöffnete Fenster seinen Mithäftlingen Bibelzitate und Ermutigungsworte zurief. Die unmittelbar folgenden Strafen waren drastisch, indem die NKWD-Schergen ihn brutal schlugen und wiederholt in den Karzer steckten. Die Zeitzeugin Asnath Boggasch, die ebenso zur Gedenkveranstaltung angereist war, ergänzte: „Die Worte des Pfarrers haben mir Trost gespendet.“

Wie Paul Schneider in der Nazi-Zeit der Prediger von Buchenwald genannt wurde, so kann mit Fug und Recht Reinhard Gnettner als der mutige Prediger von Potsdam bezeichnet werden. Bewegend war ebenfalls, dass die Enkelin Kerstin Gnettner angereist war und mit beeindruckenden Worten ihres Großvaters gedachte.

Als einer der Redner bei der Enthüllung wies ich auf die größere Dimension der kommunistischen Verbrechen hin. Pfarrer Gnettner war kein Einzelfall, denn er wurde als Mitglied der „Schubert-Gruppe“ verhaftet. Diese sogenannte Schubert-Gruppe aus Guben umfaßte insgesamt 21 Personen, Kameraden und Gleichgesinnte, die die Verhältnisse und Entwicklungen in der DDR kritisierten. Elf Personen der Gruppe wurden vom SMT in Potsdam am 4. April 1951 zum Tode verurteilt.

Neben Pfarrer Gnettner waren das: Das Ehepaar Anna und Gerhard Schubert aus Guben und ihr Sohn Wolfgang. (Die Tochter Brigitte-Anna-Johanna Schubert, Jg. 1932, wurde zu 25 Jahren verurteilt und nach Workuta deportiert. Sie wurde im Oktober 1955 entlassen und reiste unverzüglich in die Bundesrepublik aus.) Paul Heymann, das Ehepaar Erna und Herbert

Laenger, Wolfgang Mertens, Günther Murek, Erich Schulz und Otto Stichling. Die anderen zehn Gefangenen wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Alle wurden in die Sowjetunion deportiert.

Die Gnadengesuche der elf zum Tode Verurteilten wurden vom Präsidenten des Obersten Sowjets am 22. Juni 1951 abgelehnt, die Todesurteile am 27. Juni 1951 im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt. Anschließend wurden die Leichen verbrannt und anonym auf dem Moskauer Friedhof Donskoje verscharrt. Über den Tod hinaus zeigte die menschenverachtende kommunistische Diktatur ihr brutales Gesicht, indem ein Grab als letzte Ehrerbietung verweigert wurde.



Pfarrer Wolfgang Krautmacher und Kerstin Gnettner, Enkelin von Reinhard Gnettner. Im Hintergrund die alte und die neue Gedenktafel.

Mit dieser Grablosigkeit und Ungewißheit über das Schicksal von Reinhard Gnettner mußten die Angehörigen Jahrzehnte leben. An diesem Volkstrauertag 2017 fand eine zweite späte Ehrung und Würdigung des Pfarrers und Märtyrers Reinhard Gnettner statt. Endlich wird sein Schicksal historisch korrekt wiedergegeben.

Stefan Krikowski

Kongreß-Broschüre

(st)Die Broschüre über den UOKG-Kongreß „Kleine Brötchen oder großer Wurf? Wo stehen wir bei der Aufarbeitung von SED-Unrecht?“, der am 9. September 2017 in Berlin stattfand, ist erschienen. Sie kann kostenlos erworben werden und ist unter folgendem Kontakt zu bestellen: E-Mail info@uokg.de, Tel. (030) 55 77 93 51, Anschrift UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin



In der ersten Reihe: (v.l.) Uta Gerlant, Stefan Krikowski und Prof. Werner Sperling.

Jubiläum der Projektwerkstatt

(red/sg) Der Potsdamer Bürgermeister Burkhard Exner begrüßte am 5. Dezember gemeinsam mit Volker Westphal vom Brandenburgischen Bildungsministerium, Uta Gerlant, Leiterin der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Bernd Richter, stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins, und Catrin Eich, Leiterin der Projektwerkstatt, die 50 000ste Besucherin der Projektwerkstatt innerhalb von 15 Jahren. Sie ist Schülerin einer zehnten Klasse aus der Ludwig-Witthöft-Oberschule Wildau.

„Gerade in den aktuellen Zeiten ist die politische Bildung junger Menschen im Sinne von Menschenrechten, Demokratie und Toleranz eine entscheidende Aufgabe für die Zukunft unserer Gesellschaft“, so Burkhard Exner. „Hier leistet die hervorragende Arbeit der Projektwerkstatt als außerschulischer Lernort an historisch bedeutsamer Stätte seit 15 Jahren einen wichtigen Beitrag.“

Die Projektwerkstatt Lindenstraße 54 in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

präsentiert das Bildungsangebot „Unterricht an historischem Ort“ für Schulen des Landes Brandenburg. Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen fünf bis 13 erleben hier praktischen Unterricht, indem sie sich mit dem historischen Ort auseinandersetzen und Zeitzeugeninterviews mit ehemals politisch Verfolgten führen können.

Die Werkstatt wurde 2002 in Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Jugend, Bildung und Sport des Landes Brandenburg, der Fördergemeinschaft Lindenstraße 54 und dem Potsdam Museum als historisch-politischer Bildungsort eingerichtet. Die Projektarbeit wurde bereits von der F. C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz, der Ostdeutschen Sparkassenstiftung, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Brandenburg gefördert. Der Verein zur Förderung der Projektwerkstatt e.V. unterstützt das Bildungsprogramm seit 2007 aktiv. 

Aufarbeitung bleibt wichtig

(lakd) Die Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur ist und bleibt nach den Worten der Landesbeauftragten Maria Nooke und des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke ein wichtiger gesellschaftlicher Prozeß in Brandenburg. „Er ist vielschichtig und braucht Zeit“, betonten sie in Frankfurt (Oder). Gemeinsam besuchten Nooke und Woidke am 15. Januar die Außenstelle Frankfurt (Oder) der BStU. Beide wurden dort vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterla-

gen, Roland Jahn, sowie dem Leiter der Außenstelle, Rüdiger Sielaff, empfangen.

Nooke dankte dem BStU für die hervorragende Zusammenarbeit mit ihrer Behörde in den vergangenen Jahren: „Die Mitarbeiter der Außenstelle Frankfurt (Oder) gehören in dem großen Flächenland Brandenburg zu unseren wichtigsten Partnern. Wir bieten gemeinsame Beratungen für Bürger und ehemals politisch Verfolgte an und organisieren zusammen Veranstaltungen, die unter anderem in der Gedenk- und Dokumentationsstätte Opfer politischer Gewaltherrschaft in Frankfurt (Oder) stattfinden.“

Woidke erinnerte daran, daß Brandenburg und die anderen ostdeutschen Länder zum Jahresende im Bundesrat ein klares Signal für die Opfer von Unrecht in der DDR gesetzt hatten. Mit der Entschließung soll erreicht werden, daß bis Ende 2019 geltende Antragsfristen vollständig aufgehoben werden. Dabei geht es um die strafrechtliche und berufliche Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR und die Entschädigung für behördliche Willkür. Durch den Wegfall der Antragsfristen bleiben die Chancen auf Unterstützung gewahrt. 

Gelder aus SED-Vermögen auch für politische Häftlinge

(nsn) Zumindest einen Teilbetrag der erneut aufgetauchten 185 Millionen Euro aus dem Sondervermögen der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO) sollte auch SED-Opfern, wie den früheren Zwangsarbeitern aus DDR-Gefängnissen, zugute kommen, so Hartmut Büttner, der Sprecher des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasi-Opfer.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete will die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer anschreiben und sie bitten, nicht nur wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zwecke damit zu finanzieren.

„Ein großer Teil der versteckten Millionen der ehemaligen Einheitspartei der DDR ist in den Haftanstalten von Zwangsarbeitern erwirtschaftet worden, deshalb wäre es nur gerecht und legitim, wenn zumindest ein Teil der gefundenen Beträge den Opfern von SED und Stasi zugute kommen würde“, betont Büttner in seinem Appell an die ostdeutschen Ministerpräsidenten.

Besonders der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ des ehemaligen DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski habe zahlreiche Tarnfirmen koordiniert und große Geldbeträge versteckt, als die Demokratie in der DDR begann, sich durchzusetzen.

Eine „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen in der DDR (UKPV)“ war nach der friedlichen Revolution im Jahr 1990 von der frei gewählten Volkskammer zur Aufdeckung dieser Machenschaften eingesetzt worden.

Die Kommission hatte festgestellt, daß zwischen dem 1. Oktober 1989 und dem 31. August 1994 vier Milliarden Mark aus dem SED/PDS-Vermögen zumeist im Ausland versteckt worden waren. In jahrzehntelangen Ermittlungen und Verhandlungen gelang es, zumindest einen Teilbetrag des verschwundenen Vermögens in Österreich bzw. der Schweiz sicherzustellen. 

Weißer Rosen für die Opfer



Foto: Cornelia Kurtz

Etwa 20 Mitglieder verschiedener Opferverbände haben am 14. Januar am Rande der jährlichen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin mit weißen Rosen der Opfer des Stalinismus am Gedenkstein auf dem Friedhof der Sozialisten gedacht. Auch die Bundesstiftung Aufarbeitung hatte einen Kranz niedergelegt.

Protest

Neben vielen anderen Verbänden, Institutionen und Einzelpersonen hat sich auch die Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern mit einer Protestnote an den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin, die Fraktionsvorsitzenden und Mitglieder im Bundestag gegen die Verteilung des SED-Vermögens zu Wort gemeldet. Dort heißt es u.a.: „Die Bundesrepublik Deutschland hat die höchsten Steuereinnahmen in ihrer Geschichte durch ihre gute Wirtschaftslage. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese

SED-Vermögen auch durch Zwangsarbeit und damit Häftlingsarbeit von politischen Häftlingen des SED-Regimes in den DDR-Haftanstalten angehäuft wurde. Diese politischen Häftlinge, mutige Frauen und Männer, haben unter schlimmsten Haftbedingungen in den Haftanstalten Bautzen, Cottbus, Naumburg, Karl-Marx-Stadt (JVA Reichenhainer Str. 236) gelitten! Die aufgezwungenen Arbeitsnormen waren so hoch, daß sie nicht zu schaffen waren. Viele ehemalige politische Häftlinge leiden bis heute unter diesen Erinnerungen oder haben fortdauernde Gesundheitsschäden.“ (Mike Mutterlose/Dieter Gollnick) 

Suchanzeigen

War Ihr Vater russischer Kriegsgefangener?

Ich bin Schülerin eines Gymnasiums und im Rahmen meiner komplexen Leistung, einer wissenschaftlichen Arbeit, befasste ich mich mit dem Thema: Kriegsgefangenschaft deutscher Soldaten in Rußland im Zweiten Weltkrieg.

Hierbei möchte ich vor allem auf die Kinder der Soldaten eingehen und herausfinden, welche Folgen eine Kriegsgefangenschaft des Vaters bei ihnen hinterläßt. Um an Information zu gelangen, benötige ich Ihre Hilfe!

War Ihr Vater oder Großvater ein Kriegsgefangener in Rußland zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, und haben Sie mit ihm darüber gesprochen?

Sind Sie bereit, mir ein paar Fragen zu diesem Thema zu beantworten?

Dann melden Sie sich doch bitte bei mir, ich würde mich über Ihre Unterstützung sehr freuen.

E-Mail: steinert.karolina@web.de

Vielen Dank
Karolina Steinert

Ausstellungen

„Der Rote Gott – Stalin und die Deutschen“

Ausstellung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

(KT) Er gehört zu den schlimmsten Massenmördern der Geschichte, doch in der DDR wurde er als „größter Genius unserer Epoche“ vergöttert: der sowjetische Partei- und Regierungschef Josef Stalin. Die Sonderausstellung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen widmet sich erstmals dem Personenkult um den sowjetischen Diktator in der frühen DDR. Massenaufmärsche, Stalin-Denkmäler und überlebensgroße Portraits des Diktators an den Hauswänden bildeten die Instrumente einer zentral orchestrierten Propaganda. Industriebetriebe, zahlreiche Straßen und eine ganze Stadt trugen seinen Namen. Berlins Mitte sollte zugunsten von stalinistischen Prachtbauten und Aufmarschplätzen abgerissen werden.

Die Ausstellung präsentiert eine Fülle seltener Objekte, Filme und Photographien des Stalin-Kultes – von der Hand der berühmten Stalin-Statue in Budapest, über Großprojektionen von Agitationsfilmen bis hin zu gefälschten Fotos, auf denen die Opfer des „Großen Terrors“ wegretuschiert wurden. Der Propaganda wird die brutale Gewalt entgegengestellt, die im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen symbolisch ihren Ausdruck fand.

Sonderausstellung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstraße 66, 13055 Berlin; bis zum 30. Juni 2018 zu sehen; täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt frei 

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945–1990

Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10

Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro.

Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Geschaeftsstelle@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/wanderausstellung. 

Wer blieb in Rußland?

Ich arbeite als freie Autorin u.a. für das ZDF und suche Kontakt zu ehemaligen deutschen Strafgefangenen Rußlands, die nach ihrer Befreiung in Rußland geblieben sind, für ein Zeitzeugengespräch.

Kontakt: Silke Gondolf, E-Mail sgondolf@gmail.com, Tel. 0049/17 22 57 47 85, skype sgondolf, Internet www.silkegondolf.de 

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonntags, am 10., 17. und 24. Februar sowie am 3. und 10. März, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Leserbriefe

Politisch-moralische Pflicht

Zum Beitrag „Die vergessenen Kämpfer der ersten Stunde“, Ausg. 9/2017, S. 8

Es hat selten einen Artikel wie den von Horst Schüler gegeben, der so aus meinem Herzen sprach! Als 1948 in der SBZ sich eine neue deutsche Diktatur anbahnte, wagten dort recht viele Menschen, die SED-Herrschaft illegal zu bekämpfen. Sie nahmen Verbindung auf zu freiheitlichen Organisationen in West-Berlin, verteilten deren Flugblätter in ihrer Heimat und meldeten von ihnen enttarnte Stasi-Mitglieder und deren Spitzel sowie sonstiges politisches Unrecht an den Westen. Wir erachteten unser Handeln als politisch-moralische Pflicht. Wir wußten, was wir taten und welches Schicksal uns erwarten konnte. In der Tat haben die zwei anderen

Mitglieder unserer Widerstandgruppe Bautzen nicht überlebt. Ich konnte auf Umwegen West-Berlin erreichen...

Meine Schicksalsgefährten und ich hatten gehofft, die westdeutsche Demokratie würde uns einmal ein – ohnehin kostenloses – „Danke“ sagen. Doch wer interessierte sich im Westen Deutschlands dafür? Auch nach 1989 wollte man von uns nicht viel wissen. Das galt sogar für alle Parteien. „Verrat am eigenen Volk“ schrieb eine Schweizer Zeitung.

Wohl jedes Land der Welt hätte die politische Moral gehabt, all jene Menschen zu ehren, die ihr Leben für die Freiheit und die Wiedervereinigung einsetzten. Deutschland ist dieser seiner moralischen

Pflicht bis heute nach 28 Jahren nicht nachgekommen. Meine „Ermahnungsbriefe“ an Bundespräsident Gauck, an Bundestagspräsident Lammert und den jetzigen Bundespräsidenten Steinmeier erhielten nie eine Antwort.

Was muß ein DDR-Deutscher, der damals sein Leben einsetzte, an seinem Lebensabend über die Menschen im West-Teil Deutschlands verbittert denken! Es erscheint nicht nur mir, als wären wir die „Dummen“, während die „Wessies“ (die schlafend in die Wiedervereinigung rutschten) heute die großen „Sieger“ sind mit ihrer weitverbreiteten Arroganz und Ignoranz.

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann,
Königswinter

Darf ein Bundespräsident das?

In Trier soll im Mai 2018 ein Denkmal errichtet werden, um einen Mann zu ehren, der die Grundlagen für die Ideologie des Kommunismus legte, dem nach Schätzungen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die in der neuesten Ausstellung über den Kommunismus veröffentlicht sind, etwa 100 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Das sind 20 Millionen Menschen mehr, als die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit Einwohner hat.

In Deutschland gab es im letzten Jahrhundert zwei furchtbare Diktaturen, die

des Nationalsozialismus und die des Sozialismus-Kommunismus, die Menschenrechte mißachteten und ihre Gegner massenhaft ermordeten, man kann sie nicht gleichsetzen, doch ihre Verbrechen vergleichen.

Sicher käme kein redlicher Mensch auf die Idee, einen Schlußstrich unter die Beschäftigung mit den Verbrechen der Nazi-Diktatur zu fordern oder diese Ideologie öffentlich zu ehren. Für Übertretungen dieser Art gibt es unser Strafbuch, dies ist auch notwendig.

Nun beginnt die Ungleichgewichtung von Geschichte, wenn man die Behandlung sieht, die dem „Marxismus-Leninismus“ seit 1989 zuteil wird. Direkt nach der friedlich-demokratischen Revolution hatten Ideologen, die den Kommunismus verteidigten, kaum eine Chance und waren nur durch ein Sonder-Wahlgesetz im Deutschen Bundestag vertreten, mit zwei Abgeordneten. Doch von Jahr zu Jahr gewannen sie mehr Oberwasser und nutzten die Freiheiten unseres Grundgesetzes soweit, daß sie sogar Menschen vor Gericht zerrten, die sich kritisch mit der Vergangenheit der SED-Nomenklaturkader beschäftigten und dies öffentlich bekannt machten. Besonders aktiv war ein windiger Notar, der als „witziger Politiker“ bis in bürgerliche

Faschingskreise und zu Talkshows eingeladen wurde.

Nun ist etwas passiert, was unglaublich zu sein scheint. Der Bundespräsident hat die Schirmherrschaft über die Ehrungen für den Vater der Ideologie des Kommunismus, Karl Marx, 2018 in Trier übernommen! Ist das der Bundespräsident aller Deutschen? Hat er die Menschen vergessen, die zwischen 1945 und 1989 durch die Ideologie des Marxismus-Kommunismus in Deutschland ermordet wurden? Sollen die zum Teil über 90jährigen Workuta-Häftlinge am Ende ihres Lebens feststellen, daß ihre Peiniger im Recht waren, als sie mit Marx-Zitaten auf den Lippen Todesurteile und 25jährige Zwangsarbeit aussprachen? Wann hat der Bundespräsident die Schirmherrschaft für die Millionen umgekommenen Menschen der Lager Buchenwald, Ketschendorf, Workuta übernommen? Wenn es bei dieser Schirmherrschaft bleibt, dann muß die Frage gestellt werden, ob sich ein Bundespräsident über das Leid der Menschen hinwegsetzen darf, für die der Anblick von Karl Marx mit entsetzlichen Erinnerungen verknüpft ist. Noch ist es Zeit, sich zu besinnen. Doch wenn es dabei bleibt, wird unser Land erneut gespalten.

Anton Odenthal, Grünau

Vormerken!

Der Malchower Freundeskreis, der jedes Jahr das Gedenken an die „Malchower Werwolftragödie“ in Malchow organisiert, hat die Termine für 2018 bekanntgegeben:

1. Internes Jahrestreffen in der „Werleburg“ am 5. Juli 2018 (Donnerstag) um 14.00 Uhr in Malchow, Bahnhofstraße 5 (Teilnehmer erhalten gesonderte Einladungen)
2. Öffentliches Opfergedenken am 6. Juli 2018, 11.45 Uhr (Freitag) am Gedenkstein in der Gartenstraße vor der ehemaligen „Villa Blanck“ (jetzt Familie Halbig)

Horst und Jutta Vau

Veranstaltungen

5.2. (Mo), 19.30 Uhr:

Achtundzwanzig Jahre mit und ohne Mauer. Ein Mauermosaik mit Filmen, Musik und Diskurs; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Volksbühne Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz, 10178 Berlin

6.2. (Di), 18.00 Uhr:

„Vorsätzliche Vergiftung deutsch-deutscher Beziehungen“, Ulrich Schwarz (ehemaliger DDR-Korrespondent Der Spiegel) und Heiner Sylvester (Filmregisseur) im Gespräch; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

7.2. (Mi), 16.00 Uhr:

„Aufgegriffen: Geschichten aus den Stasi-Akten“ Führung und Film; 16.00 Uhr: Unterwegs im Archiv, Führung; 17.00 Uhr: Fälscher, Lehrfilm d. MfS (20 min); Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: BStU Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

7.2. (Mi), 17.00 Uhr:

Unterwegs im Archiv **„Mit Mut gegen die Stasi“**, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: BStU Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

7.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Alles gesagt? Die DDR in der akademischen Lehre, Begrüßung Tom Sello, Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin (BAB), „Trends und Phasen der DDR-Lehre“, Vortrag v. Stefanie Eisenhuth, Koordinatorin der Nachwuchsförderung am ZZf Potsdam, „Quo vadis DDR-Lehre“, Vortrag v. Prof. Dr. Oliver Plessow, Professor für Didaktik d. Geschichte am Historischen Institut an der Universität Rostock, Podium „Leerstelle DDR-Lehre?“, mit Stefanie Eisenhuth, Prof. Dr. Oliver Plessow, Dr. Peter Wurschi, Lehrbeauftragter a.d. Universität Erfurt, wiss. Mitarbeiter bei der Stiftung Ettersberg, Prof. Dr. Daniela Munkel, Apl. Professorin am Historischen Seminar an der Leibniz-Universität Hannover, Projektleiterin i.d. Forschungsabteilung BStU, Moderation Jens Schöne, Stellv. Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin; Veranstaltung d. Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a.; Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin; Anmeldung bitte unter Deutsche Gesellschaft e.V., Dr. Anett Laue, Tel. (030) 88 41 22 88, E-Mail anett.laue@deutsche-gesellschaft-ev.de

Mauergeschichten

(VT) Wie ging die Berliner Bevölkerung ab August 1961 mit dem Willkürakt des Mauerbaus um? Was bedeutete die Teilung Berlins für sie persönlich, und wie versuchten sie, die daraus resultierenden Probleme zu lösen?

In dem von Maria Nooke herausgegebenen Band erzählen Menschen aus Ost und West von ihren Erlebnissen und den damit verbundenen Gefahren: Ein ehemals überzeugter FDJ-Sekretär begründet seine Fahnenflucht als Grenzer und erzählt, wie ihn die Stasi im Westen verfolgte. Zwei Liebespaare beschreiben die abenteuerlichen Wege, auf denen sie trotz undurchlässiger Grenze zusammenfanden. Fluchthelfer schildern, wie sie für ihre Freunde und Verwandten Tunnel bauten. Die Geschichten zeigen, wie die Mauer in Lebensplanungen eingriff, aber auch, wie es immer wieder glückte, das Grenzregime zu unterwandern.

Dr. Martia Nooke war seit 1999 in der Gedenkstätte Berliner Mauer tätig und leitete den Arbeitsbereich Zeitzeugenarbeit und Biographieforschung. Sie vertrat ab 2009 den Direktor der Stiftung Berliner Mauer und leitete zudem seit 2013 die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Seit 1. Oktober 2017 ist sie die neue Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg.



Maria Nooke: *Mauergeschichten von Flucht und Fluchthilfe. Begegnung mit Zeitzeugen*, Ch. Links Verlag, Berlin 2017, 128 S., 20,00 €

Beginn eines Erdbebens

(VT) Jurij A. Treguboff, geboren 1913 in St. Petersburg, hat seine Jugend in Moskau verbracht. Im Jahr 1926 fuhr seine Mutter mit ihm nach Berlin, dem Vater wurde die Ausreise verweigert. 1934 trat Treguboff dem Bund russischer Solidaristen NTS bei, einer Widerstandsbewegung gegen die stalinistische Diktatur, 1944 in die Wlassow-Armee. Nach Kriegsende wurde er durch die Amerikaner an die Tschechen ausgeliefert und 1946 nach West-Berlin entlassen.

Ein Jahr später entführten ihn sowjetische Sicherheitsorgane an der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin. Nach zweieinhalbjähriger Untersuchungshaft verurteilte ihn ein Sondertribunal zum Tode. Das Urteil wurde eine Woche später in fünfundzwanzig Jahre Zwangsarbeitslager umgewandelt. Nach über achtjähriger Haft entließ man ihn im Oktober 1955 in die Bundesrepublik.

Treguboff schrieb neunzehn Romane zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Er starb im Jahr 2000. Anlässlich des 100. Jahrestages des bolschewistischen Umsturzes in Rußland im Herbst 1917 publizierte der Anthea Verlag Treguboffs letzten Roman, der diese tragische Epoche mit dem Wissen um das endgültige Scheitern ihrer Ideen reflektiert.



Jurij A. Treguboff: *Beginn eines Erdbebens*. 1916-1920, Anthea Verlag 2017, 2. Aufl., 420 S., 19,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis Ende Juli 2018, zuzügl. Portopauschale, 20 Prozent Rabatt gewährt: Anthea Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

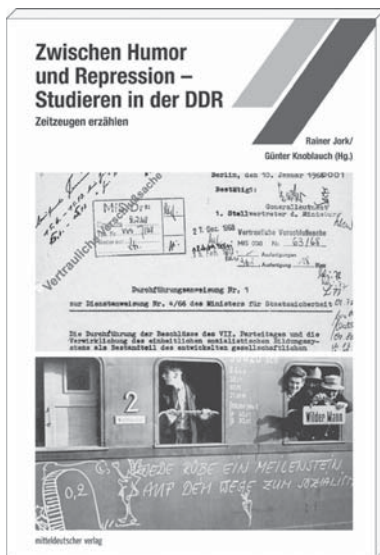
Zwischen Humor und Repression

(mh) Die von Rainer Jork und Günter Knoblauch herausgegebene Anthologie „Zwischen Humor und Repression – Studieren in der DDR. Zeitzeugen erzählen“ ist im Mitteldeutschen Verlag erschienen. Anhand zahlreicher Erlebnisberichte – vorrangig von ehemaligen Studenten und Studentinnen aus Dresden – werden der Alltag, aber mehr noch die politisch-

ideologischen Nötigungen des Staates im Hochschulbereich quer durch 40 Jahre DDR erlebbar.

Den Autoren ist es mit ihren lebendigen Erzählungen gelungen, nachfühlbar zu zeigen, wie die SED-Diktatur Lebensläufe prägte und, wo sie ihren Machtgestaltungsanspruch nicht durchsetzen konnte,





Rainer Jorg, Günter Knoblauch (Hg.): *Zwischen Humor und Repression – Studieren in der DDR. Zeitzeugen erzählen*, Mitteldeutscher Verlag 2017, 544 S., 19,95 €

diese auch zerstörte. Darüber hinaus zeigen die Berichte von den Hochschulen in Dresden, Freiberg, Karl-Marx-Stadt, Halle oder Erfurt ebenso die verschiedenen Verweigerungsarten der Studierenden. Humor fehlt da nicht und ist nicht nur im Titel vorhanden.

Der ehemalige Jenenser Student Lutz Rathenow schreibt trotz des drohenden und später erfolgten Rauswurfs rückblickend: „Der Ärger machte Spaß.“

Das Buch brilliert auch durch weiterführende Erklärungen, die Herstellung historischer Bezüge, einen fulminanten Fußnotenapparat sowie eine immense Sammlung von Zeitdokumenten und Fotos. Es regt auf mehrfache Weise zur Nutzung im Unterricht an (u.a. durch thematisch vertiefende QR-Codes).

Der sächsische Landtagspräsident und ehemalige Student Dr. Matthias Röbner unterstrich die Bedeutung des Bandes: „Die versammelten persönlichen und damit subjektiven Erfahrungsberichte sollen dazu beitragen, den jüngeren Generationen einen Zugang in diese Zeit und die Studienbedingungen im ‚real existierenden Sozialismus‘ zu verschaffen.“

Nicht zuletzt soll der für alle Beteiligten schwierige Weg von der ideologisch beherrschten ‚Kaderschmiede‘ zur freien Lehre und Forschung nachzuvollziehen und die freiheitliche Demokratie als Chance zur Gestaltung des akademischen Deutschlands im 21. Jahrhundert wahrzunehmen sein.“

Mit dem Buch findet ein mehrjähriges Projekt sein Ende, das auch vom Sächsischen Landesbeauftragten gefördert worden ist.

Journalist in einem gelenkten System



Karl-Heinz Baum (Autor), Jürgen Klammer (Hg.): *Kein Indianerspiel. DDR-Reportagen eines Westjournalisten*, Ch. Links Verlag, Berlin 2017, 240 S., 15,00 €

(VT) Karl-Heinz Baum arbeitete von 1977 bis 1990 als DDR-Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Ost-Berlin. In dieser Zeit hat er zahlreiche Reportagen verfaßt, in denen sich nicht nur die deutsch-deutsche Politik spiegelt, sondern auch der Alltag der Ostdeutschen.

Mit den Menschen sprechen und sie sprechen lassen, die Wirklichkeit einfangen, um sie unvoreingenommen zu beschreiben, lautete sein journalistisches Prinzip.

Dabei thematisiert Karl-Heinz Baum eindrücklich, mit welchen Schwierigkeiten er täglich als Korrespondent in der DDR konfrontiert war. Seine Auseinandersetzung mit der Tätigkeit eines Journalisten in einem gelenkten System hat bis heute nichts an Brisanz verloren.

Darüber hinaus vermitteln Hintergrundberichte zur Entstehung und Wirkung der Reportagen einen spannenden Eindruck von Karl-Heinz Baums Arbeit. Zahlreiche Abbildungen, Karikaturen und konkrete Arbeitsanregungen für Schüler der 9. bis 12. Klassen ergänzen den Textband und ermöglichen den Einsatz im Geschichtsunterricht. Ein lebendiges, journalistisches Stück DDR-Geschichte.

Karl-Heinz Baum ist 1941 geboren und studierte Geschichte, Politische Wissenschaft und Publizistik an der Freien Universität Berlin. Seit 1966 war er Journalist in Mainz, Parlamentsberichterstatte, Korrespondent für Rheinland-Pfalz und das Saarland. Seit 2003 ist er freier Journalist und Autor in Berlin.

Veranstaltungen

8.2. (Do), 19.00 Uhr:
„Seelenlandschaften“, Ausstellung der Künstlerin Simone Ghin, Musik: HP Swing Duo; Vernissage innerhalb der Reihe „Kunst im Lesesaal“ v. Wechselzeiten e.V., Verein zur Förderung von Kunst und Kultur; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.2. (Di), 19.00 Uhr:
Die Internationale der Tschekisten. Eine Kulturgeschichte der Geheimpolizeien im Ostblock, Prof. Dr. Emmanuel Droit (Universität Straßburg), Vortrag u. Gespräch mit Dr. Jens Gieseke (ZZF); Veranstaltung der Gedenkstätte Berliner Mauer u.a. im Rahmen der Vortragsreihe „100 Jahre Tschechien – 100 Jahre (post-)kommunistische Geheimdienste“; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

14.2. (Mi), 18.00 Uhr:
„Voll der Osten. Leben in der DDR“, Ausstellungseröffnung einer Fotoausstellung von Harald Hauswald mit Texten von Stefan Wolle; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, Veranstaltungssaal, 10117 Berlin

20.2. (Di), 14.00–19.00 Uhr:
Beobachten – Verfolgen – Zersetzen. Das Wirken der Stasi in Seelow; 14.00–17.00 Uhr Bürgerberatung; 17.00 Uhr: Vortrag **„Das Wirken der Stasi in Seelow“**, Ref. Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt (Oder) u.a.; Ort: Stadtverwaltung Seelow, Küstriner Str. 61, 15306 Seelow

20.2. (Di), 18.00 Uhr:
„Wenn Mutti früh zur Arbeit geht“ – Frauen in der DDR, Freya Klier, Regisseurin und Autorin, zeigt ihren 45minütigen Dokumentarfilm; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.2. (Do), 18.00 Uhr: **Widerstand aus der Kirche.** Die Innere Mission in Sachsen im Visier der Stasi, Vortrag und Gespräch, Ref. Bettina Westfeld, Historikerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: BStU Außenstelle Dresden, Seiteneingang C, Rieser Str. 7, 01129 Dresden

27.2. (Di), 10.00 Uhr:
Führung für Senioren „Unterwegs im Archiv“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: BStU Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

27.2. (Di), 16.00 Uhr:
„Vom sowjetischen Kellergefängnis ins Lager“ Führung der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden u.a.; Ort:



Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden; Kursgebühr 5,- Euro

27.2. (Di), 16.00–19.00 Uhr:

„Geschichte lesen“ Führung und Lesung; 17.00 Uhr: Lesung und Gespräch „Volkspolizei und Staatssicherheit“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: BStU Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

27.2. (Di), 19.00 Uhr:

Vom KGB zum FSB. Der Geheimdienst in Rußland heute, Dr. Evgenia Lezina (Levada-Zentrum Moskau), Vortrag u. Podiumsgespräch (mit russisch-deutscher Übersetzung) mit Dr. Manfred Sapper (DGO/Zeitschrift „Osteuropa“); Veranstaltung der Gedenkstätte Berliner Mauer u.a. im Rahmen der Vortragsreihe „100 Jahre Tschechien – 100 Jahre (post-)kommunistische Geheimdienste“; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

3.3. (Sa), 11.00–18.00 Uhr:

„Demokratie und Bürgerrechte“ Tag der Archive, stündliche Archivführung, 16.00 Uhr: Vortrag „Verschlusssachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit“, Ref. Dr. Springer, ganztägige Ausstellung „Die Stasi“, Dauerausstellung im Informations- und Dokumentationszentrum „Sicherungsbereich DDR“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: BStU Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

6.3. (Di), 18.00 Uhr:

„Die ewige Morgenröte. Teil II: Das Leben ist kein Spiel“, Buchpremiere mit Autor Jochen Stern, Schauspieler, Jurist, Autor u. ehemaliger politischer Bautzen-Häftling; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

6.3. (Di), 18.00 Uhr:

Die Phase der Transformation. Aus der Serie „Die Kinder von Golzow“, Filmpräsentation mit Gespräch; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

7.3. (Mi) – 8.3. (Do):

Konferenz „1968 – Eine weltpolitische Zäsur“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Kontakt: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin, Tel. (030) 31 98 95-0, Fax (030) 31 98 95-210, E-Mail bueror@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Sperrgebiete

(VT) Allein in Ost-Berlin hatte das Ministerium für Staatssicherheit mindestens 232 Dienstgebäude – inklusive der Zentrale in Berlin-Lichtenberg sowie Sport- und Erholungsanlagen und dem Flugplatz Johannisthal. Im neuen Band „Sperrgebiete in der DDR“ lassen sich diese und viele andere Zuordnungen zur Geschichte von Gebäuden und Standorten in der ehemaligen DDR finden.

Das Erarbeiten der Karten und Standortverzeichnisse für diesen Atlas leisteten die Kartographen Horst Henkel und Wolfgang Scholz. Eingeleitet wird der Band von den Herausgebern Christian Adam und Martin Erdmann. Entstanden ist ein thematischer Atlas zur DDR in gemischter Form, bestehend aus gedrucktem Kartenwerk und Verzeichnissen zum Download.

Ergänzungen des Werkes stellen die Verzeichnisse der Sperrgebiete an der innerdeutschen Grenze im Kartensatz der Nationalen Volksarmee dar. Des Weiteren wird eine Hochrechnung zum Ausmaß der zivilen Nutzung entzogenen Territorien der DDR und Ost-Berlins vorgestellt.

Alle ca. 6000 Objekte werden mit einer Punktsignatur und dazugehöriger Nummer in Karten verzeichnet. Für jeden der institutionellen Nutzer ist eine eigene Kartenserie erstellt. Diese bilden den vorliegenden Atlas mit vier Serien aus jeweils 15 Bezirkskarten. Der zugehörige Download enthält eine fast 1000 Seiten starke List, auf der die Nummer auf den Karten dem damaligen Nutzer der Liegenschaft zugeordnet ist. Eine ausführliche Einführung erläutert die Hintergründe zu den Quellen des Atlases.

.....
Christian Adam, Martin Erdmann (Hg.), Horst Henkel, Wolfgang Scholz (Autoren): Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des Mdl, des MfNV und der GSSD, BStU 2017, 160 S., 10,00 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am

23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Kathrin Arnold, BdV LV Baden-Württemberg, Jürgen u. Christine Baumgart, Uwe Behne, Olaf Bell, Gabriele Bermann, Margot Bernhardt, Dietmar Bettmann, Klaus Bohlken, Waltraud Börner, Peter Bosse, Dr. Horst Böttge, Dr. Manfred Buss, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Margita Eikenberg, Hans Engelke, Gertraud Engelskircher, Hannelore u. Martha Enigk, Dr. Wolf Erler, Peter Frenz, Hans-Dieter Fritsch, John Gerstner, Rolf Granert, Alexander Grow, Joachim Grundig, Wolfgang Haars, Christa Hagen, Volker Hanke, Karl-Heinz Heidenreich, Konstanze Helber, Werner Henning, Theodor Hilbig, Wolfgang Hirth, Hans-Jürgen Hüßler, Martina Ibisi, Dr. Peter u. Dr. Gisela Jahn, Käthe Jahn, Siegfried Jentsch, Horst Jungs-



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Mi, 11–19 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

bluth, Uwe Kaspereit, Reinhard Klar, Freya Klier, Otto Klingbiel, Gerhard Knorr, Stefan Krikowski, Kurt Kugler, Werner Friedhelm Lafeld, Rolf Leonhard, Prof.Dr. Konrad Löw, Angelika Maedicke, Uwe Malcharek, Fritz Mathei, Rudolf Miekley, Hilde Möller, Christel Morgenstern, Reinhold Morgenthal, Barbara u. Carsten Müller, Jürgen Müller, Reinhard Nedlitz, Horst u. Sieglinde Opitz, Dr. Gustav Otte, Antje Pelz, Clemens Perschke, Bodo Platt, Herbert Prenzel, Thomas Rademacher, Eike Christine Radewahn, Gerda Freifrau v. Reitzenstein, Ilse de Riese-Oertel, Reinhold Rösner, Klaus Peter Ruckebrod, Lothar Rühl, Wolfgang Rullik, Werner Sasse, Norbert Schachnowski, Rita Schiller, Johannes Schlese, Sylvia Schreiber, Ulrike Schultz, Siegfried u. Karin Schulz, Ernst Schwarz, Xenia Schwarzbauer, Manfred Schwiethal, Detlef Senf, Dr. Thomas Smolin, Elke Straube, Manfred Tecza, Ursula Timm, Burkhard Ulm, Hans-Hermann Voss, Dr. Jürgen Weiland, Gerda Weisheit, Rainer Wetzig, Tobias Woitschützke, Michael Wühle, Ingrid Ziesche, Konrad Ziller

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die bescheidenen Menschen
wären die berufenen Politiker,
wenn sie nicht so bescheiden wären.

Ernst R. Hauschka

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19. Januar 2018

